



Politische Bildungsangebote zu Umweltpolitik und Klimawandel stärken

AKSB-Jahrestagung in der Akademie Franz Hitze Haus

Inhalt

AKSB-Praxis

Engagement für katholisch-sozial orientierte politische Bildung	3
Bildungsangebote zu Umweltpolitik und Klimawandel stärken	5
Neuausrichtung der BZA findet breite Zustimmung	7
Position beziehen im 21. Jahrhundert	7
Tankstelle für deutsch-polnischen Jugendaustausch	8
Andreas Lienkamp: Klimawandel und Gerechtigkeit	8
Reaktionen auf Engagemenstrategie der Bundesregierung	9
Projekt: Politische Compassion & Service Learning	9
Lothar Harles als bap-Vorsitzender bestätigt	10
Stiftung Jugendmarke fördert Kinder- und Jugendhilfe	10
Politische Bildung und politische Partizipation	11
Neue Fördervereinbarung DPJW in Warschau unterzeichnet	11
Generationen vernetzen	11
Politische Bildung in Bulgarien	12
Im Fokus: Familie und Medien	13
AKSB-kurz notiert	13

FACHGRUPPE I: Das Politische

Die Simpsons und politische Bildung	14
Bessere inhaltliche Vernetzung	15

FACHGRUPPE II: Das Soziale

Ein Blick über den Tellerrand	16
Politik traf Hartz IV	17

FACHGRUPPE III: Das Gesellschaftliche

Aktiv gegen Kinderarmut in Russland	18
Lernimpulse für Solidarität	19
Was tun?! – Wege aus der Kinderarmut	19
Verstehen statt ausgrenzen	19

Didaktische Dokumentation (didado)

Methodische Anregungen zum Klimawandel	20
--	----

Europäische Bildungspolitik

Jugend in Bewegung im Beratungsprozess	20
Kompetenzen für Partizipation und Solidarität fördern	21
Europa kurz notiert	21

Mitteilungen aus der Zentralstelle

BMFSFJ: Neue Regelungen für Jahresanträge ab 1. Januar 2011	22
In der Diskussion: Richtlinienänderung im Bereich bpb	22
Politische Bildung mit Kindern	22

Personalia

23

Termine/Neuerscheinungen

24

Titelbild groß: Bilder der AKSB-Jahrestagung 2010 in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster; Titelbild klein, links und rechts: Bilder vom Jugendworkcamp des Sozialen Seminars der Diözese Osnabrück e.V. in Orsk, Titelbild klein mi.: Nach der Unterzeichnung der DPJW-Fördervereinbarung, v.l.n.r.: Paweł Moras, Stephan Erb und Lothar Harles.

Engagement und Strategie



Im Oktober 2010 hat die Bundesregierung ihre Nationale Engagementstrategie veröffentlicht. Positiv ist, dass darin zum Ausdruck kommt, wie hoch die Regierung das vielfältige Engagement in der Gesellschaft schätzt. Der Staat will dieses Engagement offensichtlich unterstützen. Zu begrüßen ist ebenfalls die Absichtserklärung, dass nicht nur das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

– gemäß der Arbeitsverteilung der Bundesregierung allgemein zuständig – involviert ist, sondern die Strategie als ressortübergreifende Aufgabe gesehen wird.

Wenn man den Text näher anschaut, stellt man aber auch bemerkenswerte Lücken fest. In der Auflistung der zahlreichen Engagementfelder der Regierung fehlen viele Initiativen, die mit und ohne Geld staatlicherseits unterstützt werden: So werden z.B. im Arbeitsbereich des Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in der Gedenkstättenarbeit Initiativen der historisch-politischen Bildung unterstützt, die auf Engagement basieren. Diese Lücken betreffen noch mehr Aktivitäten, die aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt werden: Aktionsgruppen in der Entwicklungspolitik, der Menschenrechts- und Umweltpolitik, alle Formen des Engagements in strukturierten und noch mehr nicht-strukturierten Formen der gesellschaftlichen Partizipation wie die Arbeit von Schöffen, von Betriebsräten und die SV-Arbeit in Schulen. Oder gilt das heute nur als „Teilhabe“?

Diese Lücken haben systematische Gründe. Das BMFSFJ steht trotz langjähriger Arbeit des Parlaments und als Ministerium mit dem ressortübergreifenden Ansatz noch am Anfang. In der Sache beschränkt es sich rein auf den Aspekt der gesellschaftlichen Dimension. Die politische Dimension des Engagements bleibt praktisch außen vor. Sonst könnte es nicht passieren, dass praktische Bildung, die als Ziel die Motivation zum Engagement hat, nur einmal erwähnt wird. Genannt werden ohne Bezug zahlreiche Projekte und Förderlinien, die ohne politische Bildung nicht realisiert werden können. Am Schluss wird noch über ein Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) informiert. Das Projekt soll ein bundessweites Netzwerk von Akteuren aus der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit schaffen, obwohl es dieses schon gibt. Das ist zwar viel Engagement, aber entschieden zu wenig Strategie!

Lothar Harles

AKSB-Geschäftsführer

Engagement für katholisch-sozial orientierte politische Bildung

Rückblick 2010 und Ausblick 2011 – von AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles



Das Jahresende 2010 steht unmittelbar bevor. Geeigneter Zeitpunkt, um die Aktivitäten der AKSB im vergangenen Jahr Revue passieren zu lassen und einen Ausblick auf das Jahr 2011 zu geben. Ziel der Arbeit war es, das bundesweite Engagement für katholisch-sozial orientierte politische Bildung zu stärken. Folgende Maßnahmen hat die AKSB seit der letzten Mitgliederversammlung im November 2009 auf den Weg gebracht:

- Die Konvention über katholisch-soziale politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB wurde mit den Aktualisierenden Ergänzungen herausgegeben. An diesem aktuellen Leitbild können sich die AKSB-Mitglieder in ihrer Bildungsarbeit in den nächsten Jahren orientieren.
- Das AKSB Jahrbuch 2011/12 mit dem Titel „Position beziehen im 21. Jahrhundert“ ist erschienen. Der neueste Band dokumentiert die Grundsatzdiskussion der letzten drei Jahre und beschreibt die Herausforderungen der politischen und sozialetischen Bildungsarbeit.
- Zwei didado spezial machen den Erfahrungsschatz der AKSB zur Didaktik sichtbar. Sie behandeln die Themen Planspiele und Umwelt.
- Das Kompetenzprofil internationale Projekte 2009 schafft einen Überblick über die vielfältigen internationalen Aktivitäten der AKSB-Mitglieder.
- Der AKSB-Bericht 2010 von Vorstand und Geschäftsführung gibt eine Gesamt-sicht über die Entwicklungen in Politik und Gesellschaft, vermittelt Einblicke in die Tätigkeit der AKSB-Fachgruppen und

in die mehr als 700 geförderten Kursveranstaltungen. Berichtet wird auch über Projekte, Kontakte zu Kooperationspartnern und die Arbeit der Geschäftsstelle. Ein Einlegeblatt vermittelt den Standort der AKSB-Mitglieder, informiert über den AKSB-Vorstand und die AKSB-Geschäftsstelle.

- Die umfassende Überprüfung von Struktur und Organisation der AKSB-internen Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA) konnte zur Zufriedenheit aller Beteiligten abgeschlossen werden. Es wird auch in Zukunft Kooperationskonferenzen, Fachkonferenzen, drei Fachgruppen und Infrastrukturstellen geben. Um besser auf die aktuellen Entwicklungen reagieren zu können, werden zusätzlich Pool-Stellen eingerichtet.
- Im Rahmen einer Organisationsberatung der AKSB-Geschäftsstelle wurden Arbeitsverteilung und Organisationsweise überprüft. Die Strukturierung in den Abteilungen Bildung, Verwaltung und Förderung sowie die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit wurden bestätigt. Trotz zahlreicher personeller Wechsel konnte durch den hohen Einsatz der Mitarbeiter/innen den Mitgliedern ein unverändert leistungsfähiger Service an Information, Beratung und Begleitung angeboten werden.
- Mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) wurde für die nächsten drei Jahre eine Fördervereinbarung getroffen, die den Trägern und der AKSB langfristige stabile Förderbedingungen garantiert.
- Die Förderung entwicklungspolitischer Bildung konnte um den dreifachen

AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles (2. v. li.) bei seinem Beitrag bei der Podiumsdiskussion der Jahrestagung 2010 (v.l.n.r.: Volker Stehmann, RWE, Moderatorin Johanna Holzhauer, WDR, und Dr. Bernd Bornhorst, Misereor)

Betrag gesteigert werden. Das Interesse der AKSB-Mitglieder an der Tätigkeit in diesem Themenfeld ist erheblich gewachsen.

- Die Fachkonferenz interreligiöse Bildung, die zusammen mit anderen Bundesträgern durchgeführt wurde, war gut besucht und zeigte das Engagement kirchlicher Einrichtungen in diesem Arbeitsfeld, das große Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat. Mit diesen Erfahrungen lassen sich Debatten zum Islamismus und Extremismus mitgestalten.
- Die Thematik der Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde in vier Tagungen intensiv behandelt und auf seine Brauchbarkeit für die politische Bildung überprüft. In der AKSB-Fachkonferenz internationale Jugendarbeit, beim IJAB-Kongress, bei der AKSB-Jahrestagung sowie der entwicklungspolitischen Kooperationskonferenz spielten Umwelt, Entwicklung, Globalisierung und Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle.
- Wie politische Bildung gezielt zur Entstehung und Mehrung von solidarischen Verhalten beitragen kann, machte eine eigene Fachtagung zum Thema. Zahlreiche Ansätze und Konzepte zur Solidarität wurden auf ihre



Positive Entwicklung beim Deutsch-polnischen Jugend- und Schulaustausch: AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles (re.) mit Paweł Moras (li.), Geschäftsführer des DPJW-Büros in Warschau, und Stephan Erb (mi.), Geschäftsführer des DPJW-Büros in Potsdam bei der Unterzeichnung der Fördervereinbarung (siehe Artikel S. 11.).

Brauchbarkeit hin überprüft und erprobt.

- Die AKSB engagierte sich für die zukünftige Förderung der politischen Bildung im Bundeshaushalt. Zwar konnte die vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap) ins Leben gerufene Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ nicht bewirken, dass die Kürzung für den bpb-Haushalt zurückgenommen wurde. Aber fast 2000 Unterstützer/-innen der Aktion sorgten dafür, dass zumindest die ungleiche Verteilung der Mittel innerhalb des bpb-Haushalts zugunsten der Trägerförderung abgebildert wurde.
- Die Diskussion um die Gestaltung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) ist eine Sache von Spezialisten. In zahlreichen Gremien wurde erfolgreich dafür gekämpft, dass die Anliegen der nicht-formalen und informellen Bildung berücksichtigt werden. Es geht dabei nicht darum, deren Aktivitäten durch dieses Äquivalenzsystem zu vereinnahmen, sondern um bildungspolitische und gesellschaftliche Anerkennung.
- Die EU ist politisch immer noch kein Schwerpunktthema, obwohl immer mehr gesellschaftliche Fragen in und mit Brüssel entschieden werden. Zum Grünbuch Mobilität wurde Ende Dezember 2009 eine Stellungnahme abgegeben. Derzeit wird vom Europabüro genau beobachtet,

wohin sich unter der Leitinitiative Europa 2020 die Programme Jugend in Aktion und Lebenslanges Lernen entwickeln werden. Auch die Europäischen Jahre zur Armut (2010), zum Freiwilligen Engagement (2011) und zum intergenerationellen Dialog (2012) werden begleitet.

- Durch die aktive Beteiligung am Projekt European InfoNet for Adult Education ist die AKSB Bestandteil eines erfolgreichen europäischen Netzwerks für Erwachsenenbildung.
- Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bei Seminaren der politischen Bildung und mit der Katholischen Militärseelsorge zum Lebenskundlichen Unterricht (LKU) erschloss für die AKSB-Mitglieder neue Arbeitsbereiche und Partnerschaften. Vorhandene Kompetenzen können auf die erwünschten Themenstellungen übertragen und fruchtbar eingesetzt werden.
- Alle sprechen vom Web 2.0. Auch die AKSB ist darin präsent und findet steigendes Interesse. Ob und wie soziale Netzwerke und neue technische Programme zur Weiterentwicklung der politischen Bildung beitragen können, sollte eine Tagung des Runden Tisches der bpb herausfinden, die mit vorbereitet wurde. Aber die Möglichkeiten müssen auch erprobt werden. Die bap-Kampagne zur politischen Bildung nutzte Facebook und Twitter. Als IJAB Vorsitzender nahm der AKSB-Geschäftsführer am 4. November 2010 an der Auftaktveranstaltung des BMFSFJ zum DIALOG INTERNET teil und konnte dabei von Erfahrungen von IJAB und des bap-Mitglieds „Stiftung Mitarbeit“ in diesem Feld profitieren.

Vieles geht auch im kommenden Jahr in diesem Sinne weiter. Manche Probleme

werden wir aber in das neue Jahr mit hinübernehmen. Dieser AKSB-Inform gibt Ihnen schon einen Vorgeschmack.

An Themen wird es uns nicht mangeln. Angesichts der Finanzkrise wird oft mehr ökonomische Bildung – statt oder ergänzend zur politischen Bildung – gefordert. Ich beschränke mich deshalb im Folgenden vor allem auf die Finanzfragen:

- Die Richtlinien der bpb sollen wegen Umsatzsteuerpflichtigkeit der Fördermittel überarbeitet werden. Nachdem seit Januar 2010 verwaltungsintern Entwürfe entwickelt wurden, erzielte im November ein Treffen mit den Trägern einen wichtigen Schritt nach vorn. Die vorgesehenen Änderungen wären geeignet, die Förderung wesentlich zu vereinfachen. Es bleibt nur zu hoffen, dass die meisten dieser Vorschläge auch bis zur Verkündung der neuen Richtlinienfassung im Rennen bleiben.
- Den anderen Weg geht der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). In Umsetzung der vor einigen Jahren erlassenen neuen Verwaltungsvorschriften und als Folge der Kritik des Bundesrechnungshofs wurde ein verändertes Antragsverfahren mit teilweise neuen Formularen eingeführt, das die Träger zu längerfristiger Planung über ein ganzes Haushaltsjahr zwingt. Auch die Nachweisführung mit Beleglisten für die Festbetragsförderung gehört zu den vorgesehenen Maßnahmen der engeren Kontrolle. Diese Regelungen gelten teilweise rückwirkend ab Anfang 2010. Es bleibt jetzt nur zu hoffen, dass in naher Zukunft der Bericht des Bundesamtes für Statistik aufgegriffen wird. Dieser listet zu einer Reihe von Punkten für die Projektförderung Vereinfachungsvorschläge auf, die auch sicherstellen, dass Fördermittel zweckentsprechend verwendet werden.
- Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist offiziell schon überwunden. Angesichts der angekündigten Kürzungen in den öffentlichen und kirchlichen Haushalten scheint das etwas voreilig. Es ist zu hoffen, dass notwendige „Anpassungsmaßnahmen“ und Kürzungen mit den richtigen Prioritäten für Bildungsinvestitionen und Demokratieförderung vollzogen werden.

Unseren Mitgliedern wünsche ich, dass sie auch im kommenden Jahr erfolgreich ihre Bildungsangebote durchführen können und danke allen für ihr Engagement für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung.

Bildungsangebote zu Umweltpolitik und Klimawandel stärken

AKSB-Jahrestagung in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster



Münster (inform). Rund 60 Teilnehmende aus dem Bildungsbereich, der Wirtschaft, Politik und Kirche diskutierten vom 22. bis 23. November 2010 in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster über Chancen und Herausforderungen der politischen Bildungsarbeit im Themenfeld Umweltpolitik und Klimawandel. In seiner Begrüßung hob Akademiedirektor Prof. DDr. Thomas Sternberg die besondere Bedeutung der Umweltpolitik für sein Bildungshaus hervor: „Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit prägt schon seit Jahrzehnten unsere Akademie. In diesem Zusammenhang ist auch die Klimaproblematik zu sehen.“ Die Akademie als Gründungseinrichtung der AKSB habe sich darum engagiert bei der Vorbereitung der Jahrestagung eingebracht. AKSB-Vorsitzender Dr. Alois Becker dankte Prof. Sternberg und der Akademie für die engagierte Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft in dem Themenbereich Klima und Umwelt.

Prof. Dr. Georg Simonis: **Klimawandel verursacht einen Wandel von Staatlichkeit**

An den Anfang seines Vortrags zu den politischen Aspekten der Diskussion um den Klimawandel stellte Prof. Dr. Georg Simonis die These, Klimawandel führe einen Wandel der Staatlichkeit herbei. Im Gegensatz zu der vielfach geäußerten Annahme, dies verursache auch die Abnahme der Bedeutung des Staates, betonte er die Notwendigkeit eines

starken Umweltstaates. Auch bei der Verwendung marktwirtschaftlicher Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels (z.B. Emissionshandel) müsse der Rahmen vom Staat geregelt und durchgesetzt werden. Eine besondere Rolle misst er der politischen Bildung zu, die Wege zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger aufzeigen und somit auch Verständnis für Instrumente der Umweltpolitik vermitteln könne. Während in der politischen Bildung normative Fragestellungen immer eine wichtige Rolle spielen, verstehe sich die politische Wissenschaft eher empirisch beschreibend. Dies sei für ihn im Themenbereich Klima und Umwelt nicht ausreichend, erforderlich sei für ihn vielmehr ein normativ zukunftsweisender Ansatz.

Prof. DDr. Johannes Wallacher: **Masterplan „Global Deal“ ist notwendig**

Im Mittelpunkt des Vortrags von Prof. DDr. Johannes Wallacher standen die Ergebnisse der neuen gemeinsamen Studie „Global aber Gerecht“ von Misereor, der Münchner Rück-Stiftung, des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und des Instituts für Gesellschaftspolitik in München. Der in der Studie vorgestellte Masterplan „Global Deal“ gibt ethische Vorgaben für eine zukunftsfähige und gerechte globale Klimapolitik. Drei grundsätzliche Forderungen standen am Ende des Vortrags: Der Klimawandel müsse begrenzt werden. Die Menschen – vor allen Dingen in den Entwicklungsländer – müssten

Das Podium der abschließenden Diskussionsrunde (v.l.n.r.): Volker Stehmann, RWE, Hans Christian Markert, MdL, Moderatorin Johanna Holzhauser, WDR, Dr. Bernd Bornhorst, Misereor, Dr. Ulrich Witte, DBU.

befähigt werden, sich in ihren Regionen an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Strukturell müsse die globale Ungerechtigkeit abgebaut werden. Ein Schwerpunkt der politischen Bildungsarbeit von Misereor werde in den kommenden fünf Jahren die Vermittlung der Ergebnisse der Studie sein. Die anwesenden politischen Bildner lud er ein, sich an dieser notwendigen Bildungsarbeit zu beteiligen.

Einen humorvollen und individuellen Zugang zum Tagungsthema bot die Autorenlesung mit Peter Unfried am Abend des ersten Tagungstages. Unter dem Titel „Öko: Al Gore, der neue Kühlschrank und ich“ beschreibt das Buch seine Entwicklung vom ironischen Hedonisten der 90er Jahre zum Neuen Öko.

Mattias Kiefer: AKSB-Konvention zur Umweltthematik zukunftsweisend

Einen kritischen Blick von außen auf die Behandlung der Umweltthematik in der neu erschienenen AKSB-Publikation „Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB und Aktualisie-

rende Ergänzungen“ richtete am zweiten Tag der Jahrestagung in Münster Matthias Kiefer, Umweltbeauftragter der Erzdiözese München-Freising und Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen [Erz-]Diözesen“ (AGU). Mit den Äußerungen zur Umweltthematik in der Konvention von 1998 sei die AKSB ihrer Zeit voraus gewesen.

Aus der Perspektive der kirchlichen Umweltarbeit seien Konvention und aktualisierende Ergänzungen methodisch-didaktisch voll auf der Höhe des aktuellen Wissensstandes und deckten die geforderten Themenbereiche ab. Auf der theologisch-sozialethischen Begründungsebene hätten sie jedoch den Schritt der Integration von Nachhaltigkeit als viertem Sozialprinzip noch nicht vollzogen. Dies zeige sich daran, dass die Umweltthematik nicht im Gesamt der politischen Bildungsarbeit verortet sei.

Kiefer empfahl der AKSB, sich weiterhin dem Umweltthema zu stellen, auch wenn es sperrig sei und nicht immer den notwendigen Publikumszuspruch fände. Aufgrund der Massivität der Herausforderungen und der Dringlichkeit sei dies gerechtfertigt. Die Konvention und aktualisierende Ergänzungen sollten mit dem Ziel überarbeitet werden, die Umweltthematik im Gesamt der politischen Bildung zu verankern und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Bernward Bickmann, Stellvertretender Vorsitzender der AKSB und Moderator des Veranstaltungspunktes, nahm diese Vorschläge dankend an und sagte zu, dass die AKSB in diesem Sinne die Konvention weiterdiskutieren und bearbeiten werde.

Externe Erwartungen an katholisch-soziale politische Bildung

In fünf Workshops konnten die Teilnehmenden anschließend mit Experten die unterschiedlichen Erwartungen an katholisch-soziale politische Bildung diskutieren. Im Workshop-Themenbereich „Bürgerdialog und Lobbyarbeit. Erwartungen und Angebote der Nichtregierungsorganisationen“ war Stefan Rostock, Bildungsreferent von GERMANWATCH, zu Gast und stellte die Aktivitäten der Nord-Süd-Initiative zum Thema Klimawandel vor. Aus Sicht von Rostock müsse die politische Jugendbildung mit Blick auf die

Ergebnisse der Shell-Studie drei Zielgruppen in den Blick nehmen: die „Klimakritiker“, die „Klimaoptimisten“ und die „Klimafatalisten“.

Dr. Volker Berding von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück stellte in seinem Workshop das umfangreiche Umweltengagement der Stiftung vor, die jährlich rund 50 Millionen Euro Fördergelder vergibt. Besonderes Augenmerk galt den Projekten im kirchlichen Bereich, darunter einigen Projekten des Internationalen Begegnungszentrum St. Marienthal. Förderungswürdig seien aus Sicht der Stiftung besonders Projekte, die in den Themenbereichen Umwelt- und Klimaschutz die unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteure und Interessensgemeinschaften ins Gespräch bringen. Hier bestehe eine große Herausforderung für die Bildungsarbeit.

Im Workshop zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ führte Georg Salditt vom IBZ St. Marienthal, selbst Mitglied des Runden Tisches der UN-Dekade, in die Thematik ein. In der Diskussion wurde übereinstimmend festgestellt, dass die politische Bildung mit dem Fokus auf die Teilhabeorientierung, der Gestaltungskompetenz und den Auswirkungen des eigenen Handelns bereits jetzt schon wesentliche Aspekte der BNE aufgreife. Der Journalist Wolfgang Wiedlich war Referent und Diskussionspartner im Workshop „Klimawandel und die Medien“. In der Diskussion wurde festgestellt, dass Journalisten vor ähnlichen Herausforderungen stehen wie Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten. Auch sie können nicht für jedes Thema Experte sein, müssen sich dennoch in komplexe Themen einarbeiten und diese einer Zielgruppe zugänglich machen wollen. Das Projekt „Zukunft einkaufen“ stellte Johannes K. Rücker, Direktor der Katholischen Landvolkshochschule Schorlemer Alst Freckenhorst, vor. In der Aussprache zeigte sich, dass ökofaire, nachhaltige Beschaffung ein Querschnittsthema für die politische Bildung sein kann. Ziel für die politische Bildung können Angebote sein, die Menschen für diese Thematik sensibilisieren und qualifizieren.

Podiumsdiskussion: Zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik im Fokus

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik, Gesellschaft und

Wirtschaft ging es um die Frage nach einer zukunftsfähigen Klima- und Umweltpolitik. In die Podiumsdiskussion einbezogen wurden zudem Fragen und Statements aus den fünf Workshops, die z.T. für kontroverse Diskussionen sowohl auf dem Podium als auch mit den Tagungsteilnehmenden sorgten.

Während der Vertreter von RWE, Volker Stehmann, bei der Frage nach dem Energiemix der Zukunft der Atomkraft noch einen wichtigen Stellenwert einräumte, wurde von Christian Markert MdL, Umweltpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie und ein schneller Übergang auf erneuerbare Energien propagiert. Bei der Frage nach der Bedeutung der Ausbildung von Fachkräften für die Energiewende waren sich Dr. Bernd Bornhorst, Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei MISEREOR und Dr. Witte von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt einig, dass dieser Punkt von großer Wichtigkeit ist. Misereor unterstütze in Entwicklungsländern viele Projekte, die der Schulung von Fachleuten dienen. Auch die Bundesstiftung Umwelt fördere viele Vorhaben, die dieses Ziel haben, so Witte.

Umweltpolitik und Klimawandel als Themen politischer Bildung

In einem zweiten Teil der Podiumsdiskussion stand der Beitrag der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung zur nachhaltigen Entwicklung zur Diskussion. AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles betonte die große Bedeutung, die der politischen Bildung bei der Vermittlung von Wissen im Bereich der Umweltthematik an die Bürger zukomme. Nur mit entsprechendem Sachwissen über die z.T. sehr komplizierten Zusammenhänge und Interdependenzen bei der Klimathematik und in Fragen der Umweltpolitik könnten die Bürger am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess mitwirken. Gemeinsam mit dem AKSB-Vorsitzenden Dr. Becker war er sich einig, dass die politische Bildungsarbeit verstärkt das Thema Umweltpolitik und Klimawandel aufgreifen müsse.

Eine umfassende Dokumentation mit den Power Point-Präsentationen der Referenten findet sich unter www.aksb.de und unter www.franz-hitze-haus.de.

Schu/Dab

Neuausrichtung der BZA findet breite Zustimmung

AKSB-Mitgliederversammlung in der Akademie Franz Hitze Haus

Münster (inform). Die Mitgliederversammlung der AKSB fand vom 23. bis 24. November ebenfalls in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster statt. Unter dem Tagesordnungspunkt „Vorstandsbericht“ stellte AKSB-Vorsitzender Dr. Alois Becker die Arbeitsschwerpunkte des Vorstandes im Berichtsjahr dar. Ein Schwerpunkt sei die Evaluierung der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA) gewesen, die in der Neuausrichtung von der Mitgliederversammlung zu beschließen sei. Aktuell gebe es zudem neue Rahmenbedingungen, die negative Auswirkungen auf die politische Bildungsarbeit haben. Hierzu gehören zum einen die geplanten Haushaltseinsparung bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) mit Auswirkungen auf die Zuschüsse an die freien Träger der politischen Bildung. Dr. Becker konnte mitteilen, dass hier das Einsparvolumen um 260 000 Euro zugunsten der freien Träger verringert werden konnte (siehe auch Artikel S. 8). Diesen Einsparbetrag muss dafür die bpb selbst tragen. Das Ergebnis sei ein Erfolg der Kampagne des Bundesausschusses Politische Bildung (bap). Sein Dank galt daher dem bap-Vorsitzenden, AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles, der sich in seiner Funktion als bap-Vorsitzender stark engagierte. Zum anderen gebe es neue Anforderungen beim KJP-Antragsverfahren, die eine Herausforderung für die AKSB-Mitgliedereinrichtungen darstellen (siehe Artikel S. 22). Mit beiden Entwicklungen habe sich der Vorstand intensiv beschäftigt. Abschließend dankte Dr. Becker dem AKSB-Geschäftsführer und der Geschäftsstelle für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr.

AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles stellte in seinem Bericht heraus, dass die AKSB eine große Chance für die Mitgliedseinrichtungen sei. Sie biete eine Austauschmöglichkeit zu aktuellen Themen und Methoden in der politischen Bildung und vermittele Zugang zu nationalen und internationalen Netzwerken. Die Geschäftsstelle verstehe sich dabei als Dienstleistende im Interesse der Mitglieder.

Beratungspunkt war in der Diskussion die Neuausrichtung der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA) in der AKSB. Den vorgelegten Beschlussvorschlag nahm die Mitgliederversammlung einstimmig zur Kenntnis. Mit diesem Beschluss bleiben die Fachgruppen I bis III in ihrer bisherigen Form bestehen. Die Aufgaben der Infrastrukturstellen werden umgeschichtet. Künftig werden pro Fachgruppe zwei Leitungen tätig. Die besonderen Stellen für Öffentlichkeitsarbeit entfallen. Neu eingerichtet werden sog. Pool-Stellen zu einzelnen Themenbereichen, u.a. auch zwei Poolstellen für Didaktik. Die neuen Regelungen treten mit Wirkung vom 1. April 2011 in Kraft.

Ebenfalls beschlossen wurde ein Antrag auf Einrichtung einer Kommission zur Satzungsänderung, den das Haus am Maiberg, das Heinrich Pesch Haus, die Kifas GmbH Waldmünchen und das Franziskanische Bildungswerk zur Mitgliederversammlung eingereicht hatten. Aufgabe dieser Satzungskommission soll die Überprüfung und ggf. die Überarbeitung der Satzungen der Arbeitsgemeinschaft AKSB und des Rechtsträgers AKSB e.V. sein. Zu prüfen sei, so die Antragssteller in ihrer Begründung, ob die Struktur der AKSB noch kompatibel ist



AKSB-Vorsitzender Dr. Alois Becker beim Vorstandsbericht.

mit den aktuellen Anforderungen und Fragestellungen. Die Mitgliederversammlung ergänzte diesen Antrag um folgende Punkte: Bis zum 30. September 2011 soll ein Satzungsentwurf fertiggestellt und an die Mitgliedseinrichtungen versandt werden, um einen entsprechenden Beschluss bei der Mitgliederversammlung 2011 fassen zu können. Bis zum 30. Juni 2011 hat eine Leiterkonferenz zu den ersten Ergebnissen der Kommission stattzufinden. Die Geschäftsführung dieser Kommission soll bei der AKSB-Geschäftsstelle liegen. Folgende Personen benannte die Mitgliederversammlung als Mitglieder der Kommission: Die stimmberechtigten Mitglieder des AKSB-Vorstands sowie Michael Gennert, Gunter Geiger, Dr. Siegfried Grillmeyer, Detlef Herbers, Bernhard Griep und AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles. Weitere Informationen sowie den Vorstandsbericht finden sich unter www.aksb.de.

Position beziehen im 21. Jahrhundert

AKSB-Jahrbuch 2011/2012 beim Wochenschau Verlag erschienen

Bonn/Wiesbaden (inform). Neu erschienen ist das AKSB-Jahrbuch 2011/2012 „Position beziehen im 21. Jahrhundert“ beim Wochenschau Verlag. Das Jahrbuch thematisiert die Leitbilder und Wertvorstellungen katholisch-sozial geprägter politischer Bildungsarbeit und diskutiert deren Nutzen für die Herausforderungen der Zukunft. Die AKSB legt mit dem Jahrbuch 2011/2012 zugleich eine Vergegenwärtigung ihrer Positionen in der politischen

Bildung zu Fragen des Zusammenlebens vor. Die Beiträge des Bandes fassen die Diskussion der letzten Jahre um ein einschlägiges und zukunftstaugliches Profil zusammen. Das Resultat ist eine breite, wissenschaftliche und anhand aktueller Entwicklungen geführte Debatte um die Wertorientierung in Gesellschaft und politischer Bildungsarbeit. Angesichts zunehmender sozialer Probleme und wachsender globaler Herausforderungen

fordert der Band auf zur Vergegenwärtigung und Rückbesinnung auf Werte und ethisches Handeln nach den Prinzipien der katholischen Sozialethik.

AKSB (Hrsg.), Jahrbuch 2011/2012, Position beziehen im 21. Jahrhundert Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2011, ISBN 978-3-89974610-5, 208 S., 24,80 Euro

Tankstelle für deutsch-polnischen Jugendaustausch

Deutsch-polnische Weiterbildungstagung fördert Austausch zum Austausch

Münster (inform). In der deutsch-polnischen Weiterbildungstagung im Oktober in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster kamen Praxisaustausch und Informationen über deutsch-polnische Begegnungsarbeit von Jugendarbeit, Jugendbildung und Schulaustausch nicht zu kurz. Gemeinsam durchgeführt hatten die Tagung die AKSB, die katholische Fachorganisation für politische Bildung, und das Jugendhaus Düsseldorf e.V., die Bundeszentrale für katholische Jugendarbeit.

Die Akademie Franz Hitze Haus in Münster sei Außenstelle des Deutschen Historikertages in Berlin und Ort der Praxiserfahrung, hob AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles in seiner Einleitung zur Tagung hervor. Diese Erfahrungsmöglichkeiten verdeutlichte Gregor Feindt in seinem Vortrag zum Thema „Katholische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg – Ansätze für den Austausch und Zusammenarbeit“. Er legte den Teilnehmenden anschaulich die Entwicklung der Beziehungen der deutschen und polnischen katholischen Kirche dar und zeigte auf, welche Hemmnisse

bestanden haben und wo Fortschritte erzielt werden konnten. Dem Forschungsbericht von Feindt folgte ein Beitrag von Dr. Burkhard Steppacher (Konrad Adenauer Stiftung) zum Thema „Europabilder in der Karikatur“, der mit dem Satz zusammengefasst werden kann: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, viele Bilder ergeben einen Roman für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im europäischen Kontext. Martina E. Becker vom Institut für Volkskunde der Uni Münster rundete diesen wissenschaftlichen Zugang mit einem Beitrag „Kommunale Partnerschaften – Erfahrungen und Trends im deutsch-polnischen Austausch“ ab.

Dominika Gaik und Pawel Prokop stellten aus Sicht der Förderreferate des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) in Warschau und Potsdam die aktuellen Schwerpunkte der Arbeit des DPJW vor. In Arbeitsgruppen wurden praktische Fragen der Förderung von Begegnungen und Aktionen erörtert. Den Höhepunkt stellte ein Beispiel aus der Praxis des deutsch-polnischen Jugend- und Schulaustausches dar. Schülerin-



Eindrucksvolle Präsentation: Projekt der Marienschule Cloppenburg und des Publiczne Gimnazjum SRKAK Siemlanowice/Slaskie.

nen und Schüler der Marienschule Cloppenburg und des Publiczne Gimnazjum SRKAK Siemlanowice/Slaskie präsentierten eindrucksvoll ihr Projekt "Zukunft braucht Erinnerung – Freundschaft in feindseliger Zeit". Begleitet wurden sie bei dem Projekt von Jürgen Müller, Theresia Varnhorn und der polnischen Kollegin Joana Okomski.

Lothar Harles

Anm. d. Red.: Die Weiterbildungstagung wurde aus Mitteln des deutsch-polnischen Jugendwerkes (DPJW) gefördert.

Andreas Lienkamp: Klimawandel und Gerechtigkeit

Buchrezension von Pascal Kreuder

Andreas Lienkamp: Klimawandel und Gerechtigkeit. Eine Ethik der Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive. Schöningh, Paderborn 2009, ISBN 978-3-506-76675-5, 534 S., 58,00 Euro

Auf der Jahrestagung 2010 wurde die Bedeutung des Klimawandels als Aufgabe der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung diskutiert. Der Klimawandel ist ein Zeichen der Zeit, in dessen Lichte sich die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln sollte, wenn sie ihre Orientierungsaufgabe wahrnehmen will. Für die katholische Soziallehre fordert dies der Sozialethikers Andreas Lienkamp in seiner bereits 2009 erschienen Habilitationsschrift. In diesem Jahr wurde ihm hierfür der Philosophische Buchpreis des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover verliehen. Wer einen umfassenden Einstieg in die aktuelle Debatte über Ursachen, Folgen und Konsequenzen des Klimawandels sucht, der wird hier fündig.

Der gewählte interdisziplinäre Ansatz ist in der Tatsache begründet, dass der Klimawandel

alle Bereiche des menschlichen Lebens und der Gesellschaft betrifft. Vor dem Einstieg in die ethische und schöpfungstheologische Diskussion wird – unter Rückgriff auf die Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Klimaforschung – der Nachweis der anthropogenen Verursachung des Klimawandels betrachtet. Nach dieser grundlegenden Klärung der Verantwortungszuweisung erfolgt eine Diskussion der schöpfungstheologischen Grundlagen einer christlichen Nachhaltigkeitsethik. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der philologischen Klärung und Widerlegung von Vorwürfen gegenüber dem Christentum, mit dem Herrschaftsauftrag der Genesis einer vernutzen- den KonsumEinstellung Vorschub geleistet zu haben. Die Diskussion und Neuentdeckung der Schöpfung als Eigentum Gottes, welches der Mensch treuhänderisch zur Verwaltung innehat, ist außerordentlich wertvoll hinsichtlich einer zentralen Verankerung in der katholisch-sozial orientierten Bildungsarbeit.

Aus Sicht der politischen Bildung ist besonders die Diskussion der Gerechtigkeitsfrage von Inte-

resse. Für Lienkamp berühren die Folgen des Klimawandels in erster Linie die intergenerationale Gerechtigkeit. Es handelt sich hierbei um die Frage, inwieweit das Klima ein öffentliches Gut ist, welches von allen genutzt aber von niemandem besessen wird. Im letzten Teil werden die Möglichkeiten und Herausforderungen eines internationalen Klimaregimes diskutiert. Unter Berufung auf die Lokale Agenda 21 wird der schulischen und außerschulischen Bildung eine besondere Verantwortung zugewiesen, wenn es darum geht, Einstellungen und Verhaltensweisen sowie auch die Befähigungen zum Einsatz für einen nachhaltigen Umgang mit der Erde in Achtsamkeit vor dem nichtmenschlichen Leben als Geschöpf Gottes zu entwickeln und zu leben. Die Fülle des verarbeiteten Materials und die gute Erschließbarkeit durch ein ausführliches Register machen den Band zu einer wichtigen Hilfe bei der Bearbeitung des Klimawandels in der politischen Bildung. Sowohl für die Gestaltung von Theorie Seminaren als auch für Kurse mit praktischer Ausrichtung lassen sich viele Fragestellungen gewinnen.

Reaktionen auf Engagemenstrategie der Bundesregierung

Online-Dialog hat begonnen – KBE, bap und DBJR hinterfragen kritisch Strategie

Berlin/Bonn (inform). Das Bundeskabinett hat am 6. Oktober die erste Nationale Engagemenstrategie beschlossen. Die Bundesregierung reagiert mit der Nationalen Engagemenstrategie auf die wachsende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Auf der Dialog-Plattform www.engagementzweinnull.de konnte noch bis zum 17. Dezember die nationale Engagemenstrategie der Bundesregierung diskutiert, kommentiert und bewertet werden. Der Online-Dialog ist ein gemeinsames Projekt der Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation beim BBE, der Stiftung MITARBEIT und der Stiftung Bürgernut. Begrüßt wird die Vorlage der Engagemenstrategie von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE).

Bürgerschaftliches Engagement und die Unterstützung von freiwillig Tätigen dürfe jedoch nicht im luftleeren Raum stattfinden. Erforderlich sei eine infrastrukturelle, verbindliche Förderung auch von den in diesem Bereich aktiven Bildungsträgern auf Bundesebene. In krassstem Widerspruch zu der von der Bundesregierung genannten Bedeutung der politischen Bildung ständen die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung.

Ebenfalls begrüßt wird die Strategie vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR). Der jetzt vorgelegte Entwurf könne jedoch nur der erste Meilenstein sein. Eine strategische Dimension des Papiers, wie sie der DBJR erhofft hatte, sei noch nicht ersichtlich. Es fehlten zudem Aussagen zur dringend not-

wendigen Reform des Zuwendungsrechts. Kritisch wird der Text auch von Seiten der politischen Bildung beurteilt. Der AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles formuliert in seinem Editorial in diesem AKSB-Info (s. S. 2) seine Einschätzung: „viel Engagement, wenig Strategie“. Als Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) beklagt er eine Entpolitisierung des Engagements. In seiner Stellungnahme bemängelt er, dass die klassischen Förderprogramme der Bundesregierung zur politischen Bildung nicht Eingang in die Strategie gefunden hätten und zeigt an einer Reihe von Beispielen auf, welchen Beitrag politische Bildung zur Engagementförderung leistet. Informationen zum Nationalen Engagementplan unter <http://zumlink.de/NationaleEngagementstrategie>.

Projekt: Politische Compassion & Service Learning

Interessierte Projektpartner und Schulen gesucht

Heppenheim (inform). Unter Federführung der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz „Haus am Maiberg“ wird innerhalb der AKSB Anfang 2011 ein großes dreijähriges Projekt beginnen. Schon der Titel „Politische Compassion & Service Learning“ macht deutlich, dass hier zwei Dinge zusammen geführt werden sollen: Das soziale Lernen durch Engagement und die Politische Bildung. Damit wird u.a. die Debatte zwischen der Demokratiepädagogik und der Politischen Bildung noch einmal aufgenommen und ein ernsthafter Versuch der produktiven Zusammenführung gestartet. Service Learning ist eines der methodischen Flaggschiffe des Demokratie-Lernens (www.lernen-durch-engagement.de). Es ist vor allem über das BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ (www.blk-demokratie.de) von Amerika nach Deutschland exportiert worden. Aus einigen Begleituntersuchungen zum Service Learning wissen wir jedoch, dass die durch Unterricht begleiteten sozialen Praktika eher als Schnittmenge aus Community Service und Berufspraktikum wahrgenommen und bisher selten für politisches Lernen im engeren Sinne genutzt werden.

In Deutschland hatten bereits Ende der 90er-Jahre einige katholische Schulen mit so genannten Compassion-Projekten begonnen, die dem Service Learning sehr ähnlich sind. Vor allem die Schulstiftung des Erzbistums Freiburg war Initiatorin eines entsprechenden von der Deutschen Bischofskonferenz unterstützten Projekts zur Einführung sozialer Praktika, die im fächerübergreifenden Unterricht vor- und nachbereitet werden sollen. In diesem Kontext hat der bekannte Theologe Johann Baptist Metz einst die Formel von einer „Politischen Compassion“ benutzt, ohne auszuführen, was mit einer „Politischen Compassion“ genau gemeint sein könnte. Die Compassion Projekte sind u.a. von Lothar Kuld (Pädagogische Hochschule Weingarten) und Stefan Gönzheimer (Schulstiftung) wissenschaftlich begleitet und damit gut beschrieben und evaluiert worden. Beide konnten nun auch für die Vorbereitung des Projekts „Politische Compassion & Service Learning“ gewonnen werden. In der vorbereitenden Steuerungsgruppe haben weitere Expertinnen und Experten aus der non-formalen und der formalen Bildung mitgearbeitet, u.a. Ulrike Leikhof für die AKSB und Sandra Kleidei-

ter für die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz. In dem Projekt sollen Schülerinnen und Schüler, die ein Compassion- oder Service-Learning-Praktikum absolvieren, begleitet werden. Seminare zur Vor- oder Nachbereitung der Praktika sollen die politische Reflexion im Zusammenhang mit den sozialen Erfahrungen des Praktikums anregen. Die Vielfalt der möglichen Themen scheint dabei fast unbegrenzt. Das beginnt etwa mit der Frage, warum die Oma im Altenheim keinen neuen Rollstuhl bekommt und endet beim Einfluss internationaler Finanzmärkte auf die nationale Sozialpolitik. Für das Projekt, das u.a. von der Aktion Mensch und aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert wird, sucht das Haus am Maiberg weitere Einrichtungen der non-formalen Politischen Jugendbildung und Schulen, die Interesse haben, den hier in gebotener Kürze angedeuteten Fragen im Rahmen eines innovativen Projekts und im Kreise kompetenter Fachkollegen aus Hochschule, Schule und Jugendbildung nach zu gehen. Interessenten erhalten weitere Auskunft bei Michael Götz im Haus am Maiberg, m.goetz@haus-am-maiberg.de.

Lothar Harles als bap-Vorsitzender bestätigt

Bundshaushalt 2011: Teilerfolg für die bap-Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“

Bonn/Berlin (inform). Einstimmig hat die bap-Mitgliederversammlung am 10. November 2010 in Bonn Lothar Harles, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), als bap-Vorsitzenden bestätigt. Dr. Wolfgang Beer von den Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) e.V., bisher Beisitzer im Vorstand, rückt als Stellvertreter auf. Dr. Werner Blumenthal von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und neu Barbara Menke vom Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN komplettieren als Beisitzer den Vorstand.

„Die Politische Bildung steht derzeit vor großen Herausforderungen“, sagte Harles mit Blick auf die Kürzungsabsichten der Bundesregierung. „Der bap wird deshalb verstärkt neue Partnerschaften auf- und Bündnisse, z.B. mit der schulischen Bildung, ausbauen.“ Harles hält ein konzertiertes Vorgehen aller Akteure der Politischen Bildung für unverzichtbar. Dabei stehe im Vordergrund, neue Zielgruppen und Themen zu erschließen aber auch Formate zu entwickeln.

Ein erster Teilerfolg der bap-Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ konnte bei den laufenden Haushaltsberatungen erzielt werden: Am 25. November 2010 hat der Deutsche Bundestag den Etat des Bundesministers des Innern beschlossen und damit auch den Finanzrahmen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) festgelegt. Insgesamt stehen damit der Politischen Bildung 1,55 Mio. Euro weniger zur Verfügung. Der Haushaltsausschuss hat jedoch im Haushaltsentwurf Änderungen vorgenommen, die sich nun positiv auf die Fördersumme der bpb an die Freien Träger der politische Bildung auswirken: Der Titel 684 02 Politische Bildungsarbeit (also der Sachtitel der bpb für eigene Aktivitäten) wurde von 18,946 Mio. Euro um 260 000 Euro auf 18,686 Mio. Euro reduziert. Der Titel 684 02 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen, auch öffentliche Einrichtungen wurde auf 6,288 Mio. Euro erhöht.

Die bpb muss nach diesen Angaben im eigenen Sachtitel einsparen, da die Kürzungen für die bpb-Fördermittel an die Freien Träger geringer ausfallen als zunächst gedacht. Der Haushaltsausschuss und der Bundestag

haben damit der Argumentation der bap-Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ weitgehend Rechnung getragen. Der Vorstand des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) hatte gefordert, dass die Trägerförderung nur gemäß ihrem Anteil am Haushalt gekürzt werden dürfe.

bap-Vorsitzender Lothar Harles dankte allen Trägern und Einrichtungen sowie den in der Politischen Bildung engagierten Personen, die sich in den vergangenen Monaten für den Erhalt der Ressourcen eingesetzt haben. Sie alle hätten dazu beigetragen, diesen Teilerfolg zu erzielen. Dennoch könne noch keine Entwarnung gegeben werden. „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. In den nächsten Monaten werden wir alle Kräfte bündeln müssen, um die in den Jahren 2012 bis 2014 vorgesehenen Kürzungen abzuwenden,“ appellierte Harles an die Unterstützer/innen der Kampagne. Der bap als Plattform für die Träger der Politischen Bildung auf Bundesebene werde deshalb die Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ weiterführen. Weitere Informationen unter www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de.

Stiftung Jugendmarke fördert Kinder- und Jugendhilfe

Gutes tun durch den Kauf der Sonderpostwertzeichen "Für die Jugend"



Bonn (inform). Seit 1965 fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. Projekte aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit den Zuschlägen aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen "Für die Jugend". Mit den Mitteln können insbesondere die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe viele notwendige Vorhaben durchführen. Damit wird Kindern und Jugendlichen geholfen und

ihnen bessere Entwicklungs- und Lebenschancen gegeben. Die Vergabe von Mitteln aus dem Zuschlagerlös der Jugendmarke erfolgt nach den Förderungsgrundsätzen der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. Die Zuwendungen der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. sind freiwillige Leistungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Zuschüsse aus dem Zuschlagerlös der Jugendmarken können grundsätzlich nur anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe gewährt werden.

Anträge sind ausnahmslos unter Verwendung des von der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. herausgegebenen Antragsformulars zu stellen. Den Trägern wird dringend empfohlen, sich vor einer Antragstellung von der zuständigen obersten Landesjugendbehörde oder ggf. dem zuständigen Landesjugendamt fachlich beraten zu lassen. Auch sollte im Vorfeld die

AKSB kontaktiert werden, da sie eine fachliche Stellungnahme zum beantragten Projekt einer Mitgliedseinrichtung abgeben muss. Ansprechpartnerin ist hierfür die AKSB-Finanzreferentin Ute Stolz, stolz@aksb.de.

Über die Förderanträge entscheidet die Mitgliederversammlung der Stiftung. Sie tritt in der Regel jährlich zu zwei bis drei Sitzungen zusammen. Anträge mit den erforderlichen Unterlagen müssen spätestens sechs Wochen vor einer Mitgliederversammlung der Geschäftsstelle vorliegen.

Die Jugendmarken sind bis auf weiteres bei der Deutschen Post AG, Niederlassung Philatelie in 92628 Wieden, oder über die Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. in Bonn erhältlich. Nähere Informationen zum Antragsverfahren, Antragsformulare und philatelistische Angebote finden Sie unter www.jugendmarke.de.

Politische Bildung und politische Partizipation

Neue Ausschreibung „Preis Politische Bildung“ für das Jahr 2011

Bonn/Berlin (inform). Erneut ausgeschrieben wird der „Preis Politische Bildung“ für das Jahr 2011. Der Preis Politische Bildung wird vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap) mit finanzieller und ideeller Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vergeben. Mit dem Preis sollen besonderen Leistungen, die in der Politischen Bildung erbracht werden, hervorgehoben, sichtbar gemacht und gewürdigt werden. Die Vergabe der Preise erfolgt im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung im Frühjahr 2011. Die Preise sind mit 10.000 Euro (1. Preis) und 5.000 Euro (2. Preis) dotiert.

Der „Preis Politische Bildung“ wird alle zwei Jahre mit einem jeweils wechselnden thematischen Fokus vergeben. 2010/2011 liegt der Schwerpunkt auf Projekten und Veranstaltungen der Politischen Bildung, die zur politischen Partizipation anregen. Mit dem Preis Politische Bildung soll aus der Vielfalt bürgerlichen Engagements eine Auswahl getroffen werden, die ausdrücklich das Ziel der politischen Partizipation verfolgt. Als Bewerbung willkommen sind Projekte und Aktivitäten, die dazu beitragen, Menschen zu motivieren, sich in politischen Zusammenhängen zu engagieren und Distanz zur Politik und den Politikerinnen und Politikern zu überwinden. Zugelassen sind Projekte und Veranstaltungen

der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen wie auch Organisationen und Initiativen, die in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig sind. Eine unabhängige Expertenjury wählt die Preisträger aus. Die Bewerbungsprojekte müssen bereits in der Praxis erprobt und sollten im Zeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2010 durchgeführt worden sein. Bewerbungen können bis zum 28. Februar 2011 an bap gerichtet werden, vorstand@bap-politischebildung.de. Weitere Informationen sowie der Flyer finden sich unter www.aksb.de >aktuelles und www.bap-politischebildung.de

Neue Fördervereinbarung DPJW in Warschau unterzeichnet

Vereinbarung sichert Rahmenbedingung der DPJW-Förderung an die AKSB-Zentralstelle

Warschau (inform). Nach einer mehrjährigen Erprobungsphase konnte AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles am 05. November 2010 in Warschau gemeinsam mit den beiden Geschäftsführern des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW), Stephan Erb (Büro Potsdam) und Pawel Moras (Büro Warschau), die neue Fördervereinbarung für die AKSB-Zentralstelle unterzeichnen. Damit haben die AKSB und ihre Träger,

außerschulische Bildungseinrichtungen und katholische Schulen außerhalb Bayerns und Baden-Württemberg, für die nächsten drei Jahre Gewissheit über die Rahmenbedingungen der Förderung. Erfreulich ist die Erhöhung der allgemeinen Förderquote auf 60 %, für Fachkräftemaßnahmen sogar auf 100 %. Erstmals gilt diese für beide Förderbereiche. Gleichzeitig wurden Verwaltungsvereinfachungen bei der Bearbeitung von Anträgen und Nachweisen

vereinbart. Zur Qualitätssicherung sind Stichprobenprüfungen bei den Abrechnungen oder auch vor Ort vorgesehen sowie eine Weiterführung der jährlichen Weiterbildungskonferenz. „Die Fördervereinbarung kann für beide Seiten als Erfolg gewertet werden und zeigt, dass die gute Zusammenarbeit zwischen DPJW und AKSB zum Vorteile der Träger wirkt“, fasste Lothar Harles das Ergebnis bei der Unterzeichnung zusammen.

Generationen vernetzen

Haus am Maiberg: Publikation zum Projekt „Generationen-Webpod“ erschienen

Heppenheim (inform). Erschienen ist kürzlich die Publikation „Generationen Webpod“. Mit dieser Publikation dokumentiert die Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz, Haus am Maiberg, die Ergebnisse des Projekts mit dem Arbeitstitel „Generationen-Webpod“. Die Beschäftigung mit dem Thema „Medien“ bildet einen Schwerpunkt in der politischen Bildungsarbeit der Akademie. Da in den vergangenen Jahren auch positive Erfahrungen in den Bereichen lebenslanges und intergenerationelles Lernen gesammelt wurden, war es für das Haus am Maiberg naheliegend, verschiedene

Generationen über das Thema „Medien“ im doppelten Sinne zu verbinden und zu vernetzen. Entwickelt wurde ein Innovationsprojekt, bei dem intergenerationelle Lernformen entwickelt und erprobt werden sollten. Im Rahmen des Innovationsprogramms der Weiterbildung 2009 förderte das Hessische Kultusministerium dieses Projekt im Schwerpunktbereich „Demografischer Wandel / Lebensphasenorientiertes Lernen“. Realisiert hat es die Akademie Haus am Maiberg gemeinsam mit den Kooperationspartnern 50plus-aktiv an der Bergstraße, der Politikwerkstatt der Geschister-Scholl-Schule in Bensheim

und dem Institut für Medienpädagogik und Kommunikation / Landesfilmdienst Hessen e.V. in Dreieich. Die nun vorliegende Broschüre gibt die gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse des Projektes wieder. Sie ist angelegt und gedacht als kleiner Ratgeber aus der Praxis für die Praxis. Weitere Informationen zum Projekt finden sich unter www.age-connection-bergstrasse.de. Informationen erteilt auch der Projektleiter Michael Götz, m.goetz@haus-am-maiberg.de. Bei ihm kann die Broschüre bestellt oder unter www.mitschschulz.de/Medienkompetenz.html heruntergeladen werden.

Politische Bildung in Bulgarien

15 Jahre FAR / Verein für demokratische Bildung – Bericht von Benedikt Widmaier



Ravda (inform). Im September 1995 traf sich zum ersten Mal eine Gruppe deutscher und bulgarischer Schülerzeitungsredakteure am Sonnenstrand in Bulgarien. Damals hätte keiner gedacht, dass die Woche in einem ehemaligen Lager der Komsomolzen, des kommunistischen Jugendverbands, in Ravda am Schwarzen Meer so nachhaltig und über 15 Jahre auf den Aufbau der non-formalen Politischen Bildung in Bulgarien wirken würde.

Am Rande der deutsch-bulgarischen Schülerzeitungs-Werkstatt führten Violetta Kyösseva, damals Deutschlehrerin am deutschsprachigen Goethe-Gymnasium in Burgas, und Benedikt Widmaier, damals Jugendbildungsreferent in der Bildungsstätte „Haus am Maiberg“ viele Gespräche über die Entwicklungen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und die Situation der Jugend in Bulgarien. Kyösseva kannte die Jugendarbeit aus kommunistischen Zeiten gut. Sie war selbst Funktionärin bei den bulgarischen Komsomolzen. In den Gesprächen mit ihr wurde schnell deutlich, dass sie – durch die der Jugend zugewandte Sozialisation – besondere Kompetenzen und Qualifikationen entwickelt hatte, die jenseits möglicher ideologischer Vorbehalte auch wichtig für die postsozialistische Gesellschaft waren. Sie begriff schnell, dass der Aufbau von Jugendarbeit und Jugendbildung zu den großen jugendpolitischen Herausforderungen der jungen Demokratie in Bulgarien gehörte.

Sie wollte also gleich konkret werden und bat uns als deutsche Kollegen, am Rande der Jugendbegegnung eine Satzung für einen

Zeichnete ein düsteres Bild der Zivilgesellschaft in Bulgarien: Politikwissenschaftler Antony Galabov (li., daneben von li.n.r.: Vesela Hristova, FAR Vorstand, und Ingrid Halbritter, Pharos)

Verein für Politische Jugendbildung zu entwerfen. Bereits im Oktober 1995 wurde der Verein gegründet und als „FAR – Verein für Jugendbildung und Medienpädagogik“ ins Vereinsregister eingetragen. Im Vereinsnamen wurde auf die Benennung des eigentlichen Ziels, politische Jugendbildung zu betreiben, verzichtet, weil das unweigerlich Erinnerungen an die frühere indoktrinierende kommunistische Jugendarbeit geweckt hätte.

Enge Kooperation zwischen dem Haus am Maiberg und FAR

Seither besteht zwischen dem Haus am Maiberg und FAR eine enge Kooperation. Von 1997 bis 2000 wurde der gemeinsame Aufbau der politischen Jugendbildung in Bulgarien im Rahmen eines großen europäischen Projekts aus dem „Phare und Tacis Demokratieprogramm“ der EU unterstützt. Danach konnten die Partner bis heute auf eine institutionelle Unterstützung von Renovabis, dem katholischen Hilfswerk für Osteuropa, setzen, die ganz wesentlich die kontinuierliche Arbeit des Vereins FAR ermöglicht hat. Von FAR wurden inzwischen ganze Generationen von ehrenamtlichen bulgarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Fragen der Jugendarbeit und Jugendbildung ausgebildet und weiter qualifi-

ziert. Nach und nach unterstützten neue deutsche und internationale Partner das Projekt FAR, etwa das Jugendwerk für Internationale Zusammenarbeit (Aachen), die Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte (Weimar), die Thüringische Landeszentrale für politische Bildung oder „Dadalos“ in Sarajevo, ein Verein, der u.a. für Multiplikatoren ein politikwissenschaftliches Aufbaustudium organisiert und entsprechende Materialien im Internet zur Verfügung stellt (heute „Pharos“, www.pharos-online.org). In einigen bulgarischen Städten haben sich inzwischen auf Initiative ehemaliger Teilnehmer vergleichbare Vereine nach dem Vorbild von FAR gegründet.

Verein FAR gibt wichtige Impulse für das Demokratie Lernen in Bulgarien

Im Oktober 2010 feierte FAR sein fünfzehnjähriges Bestehen mit einer großen Jubiläumstagung in Burgas, an der etwa 50 bulgarische und internationale Gäste teilnahmen. Auch dort wurde deutlich, wie gut FAR vernetzt ist und wie kompetent und tiefgehend der Verein Impulse zur Politischen Bildung und zum Demokratie Lernen in Bulgarien geben kann. Vesela Hristova aus dem FAR Vorstand eröffnete die Tagung mit einem Vortrag über non-formale Politische Jugendbildung in Bulgarien. Hristova plädierte deutlich dafür, nicht etwa ein neues eigenes Fach politische Bildung in der Schule einzuführen, sondern dieses Feld gleich den zivilgesellschaftlichen Institutionen zu überlassen und diese entsprechend zu fördern.

Politische Bildung muss Herrschaftssysteme kritisch beleuchten

In seinem Vortrag warnte Benedikt Widmaier, heute Direktor der Akademie „Haus am Maiberg“, dagegen vor der überhöhten Bewertung der Zivilgesellschaft. Bei der insgesamt in Europa verbreitete Orientierung an einem zivilgesellschaftlichen Bürgerleitbild (active citizenship) bestehe schnell die Gefahr, die im engeren Sinne politische Rolle der Bürgerinnen und Bürger zu vernachlässigen. Insbesondere für die postsozialistischen Staaten halte er aber eine politische Bildung, die politische Kategorien wie Macht und Herrschaft kritisch in den Blick nimmt, für ausgesprochen wichtig.

Förderung politischer und sozialer Kompetenzen

Der bulgarische Politikwissenschaftler Antoni Galabov von der Neuen Bulgarischen Universität Sofia, der auf der Tagung über Sozialkompetenzen, Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen in Bulgarien referierte, zeichnete ein düsteres Bild der Zivilgesellschaft in Bulgarien. Er bezweifelte, dass die Bürgerinnen und Bürger die Kompetenzen besitzen, die

Hristova in ihrem einleitenden Vortrag als Ziele der Arbeit von FAR beschrieben hat: Wissen über Demokratie, Methodenkompetenz, Kommunikationskompetenz und Sozialkompetenz.

Insofern war seine pessimistische Bestandsaufnahme eher Ansporn für einen Verein wie FAR. Denn Galabov machte unmissverständlich deutlich: Das Ziel der FAR entspreche genau dem, was die bulgarische Gesellschaft offenbar dringend brauche. Das sei eine Politische

Bildung mit dem Ziel, die politischen und sozialen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Insofern sind dem Verein fünfzehn weitere fruchtbare und erfolgreiche Jahre, viele Kooperationspartner und die Unterstützung von vielen Seiten zu wünschen.

Anm. d. Red.: Die Kooperation wurde von Anfang an aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) sowie BMZ-Mitteln für den Aufbau katholisch-sozialer Bildungsarbeit in Mittel- und Osteuropa (MOE) gefördert.

Im Fokus: Familie und Medien

Fachtagung vom 1. bis 2. März 2011 im Bonifatiushaus Fulda

Fulda (inform). Vom 1. bis zum 2. März veranstaltet das Bonifatiushaus in Fulda in Kooperation mit der AKSB, der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) und dem Institut für Medienpädagogik und Kommunikation eine Fachtagung zum Thema „Familie und Medien“. Digitale Medien sind fester Bestandteil des gesellschaftlichen Alltags geworden. Täglich kommen neue Geräte

und Dienste auf den Markt. Während die junge Generation scheinbar mühelos mit diesen umgeht, tragen sie bei Erwachsenen zu einer wachsenden Verunsicherung bei. Die Tagung „Familie und Medien“ will sich mit den Ursachen, den Auswirkungen und den Konsequenzen dieser Entwicklung beschäftigen. Ausgewiesene Expert/-innen aus den Bereichen Medienpädagogik und Kommunikationsforschung werden sich in ihren

Vorträgen mit Veränderungen unserer Kommunikation auseinandersetzen und positive Möglichkeiten im Umgang mit den neuen Medien vorstellen. Beispiele aus der Praxis sind weitere Bestandteile der Tagung. Der Flyer mit Anmeldebogen wird Anfang Januar erscheinen. Weitere Informationen erteilt Gunter Geiger, gunter.geiger@bonifatiushaus.de, und Markus Schuck, schuck@aksb.de.

AKSB-kurz notiert

Ausschreibungen und Informationen

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) hat kürzlich die Trends der Weiterbildung "Trendanalyse 2010" herausgegeben. Der Report wertet Daten zu unterschiedlichen Bereichen der Weiterbildung aus. Das Buch kann zum Preis von 34,90 Euro beim Bertelsmann Verlag, ISBN: 978-3-7639-4242-8, erworben werden. Weitere Informationen unter <http://zumlink.de/TrendberichtDIE2010>

Gunter Geiger, Akademiedirektor des Bonifatiushauses, hat ein Buch im Verlag Barbara Budrich herausgegeben, das die Ergebnisse verschiedener Veranstaltungen des Bildungshauses zum Thema Frauenrechte in den Jahren 2009 und 2010 dokumentiert. Ausgewiesene Expert/-innen beleuchten in dem Band "Die Hälfte der Gerechtigkeit? Das Ringen um universelle Anerkennung von

Menschenrechten für Frauen" die aktuellen Probleme in Asien mit besonderem Blick auf den Stand der Frauenrechte. Die Publikation kann beim **Verlag Barbara Budrich erworben werden, 28,00 Euro, ISBN 978-3-86649-294-3.**

Kommandodirektor Dr. Peter Klasvagt und Dr. Andreas Fisch, Referent für Wirtschaftsethik, haben beim Bonifatius Buchverlag ein Buch unter dem Titel „Was trägt, wenn die Welt aus den Fugen gerät“ herausgegeben, das die Vorträge des Symposions anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Kommande im November 2009 dokumentiert. Autoren der Dokumentation sind unter anderem Kardinal Reinhard Marx, der ehemalige Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pöttering, der Münsteraner Sozialethiker Prof. Dr. Karl Gabriel sowie Prof. Dr. Andreas Suchanek, Wirtschaftsethiker in Leipzig.

Der Band kann beim Bonifatius Buchverlag erworben werden: **Peter Klasvagt, Andreas Fisch (Hg.), „Was trägt, wenn die Welt aus den Fugen gerät“, 409 Seiten. Gebunden; 36,90 Euro, ISBN 978-3-89710-466-2.**

Anfang 2011 wird der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) seinen Trendbericht politische Bildung beim Wochenschau Verlag herausgeben. Auf Basis des Preises Politische Bildung, der 2009 zum ersten Mal verliehen wurde, gibt der vorliegende Trendbericht einen Überblick über außergewöhnliche Aktivitäten und zeigt Entwicklungen in der Politischen Bildung. Der Trendbericht kann nach Erscheinen beim **Wochenschau Verlag erworben werden, ISBN 978-3-89974685-3, 80 S., 14,80 Euro.** Weitere Informationen bei Lothar Harles, harles@aksb.de.

Die Simpsons und politische Bildung

Wo Humor und Bildung sich nicht ausschließen – von Florian Meisser

Köln (inform). Sie sind gelb, schrill, laut und unterhaltsam. Die Simpsons sind die erfolgreichste und bekannteste Serie der Welt. Ihr verrückter Humor und die lebenswürdigen Charaktere sind Garanten für den großen Fernseh Erfolg. Bei Ihnen kann man abends einfach die Füße hochlegen, das Hirn abschalten und sich köstlich amüsieren. Doch es geht auch anders: Man kann auch sein Hirn eingeschaltet lassen, sich noch mehr amüsieren und nebenbei über interessante Aspekte des gesellschaftlichen und politischen Beisammenseins nachdenken! Denn die Simpsons sind viel besser als der allgemeine Ruf des Unterhaltungsfernsehens: Sie sind kritisch, nachdenklich, satirisch und das Beste: Sie sind wirklich witzig.

Diese Sicht der Dinge hat uns dazu gebracht, in diesem Jahr ein Experiment zu starten. Unter dem Titel: „Politik in den Unterhaltungsmedien – Die Simpsons“ organisierte der DeZentrale e.V. ein Wochenende zur politischen Bildung in Hamburg. 14 Jugendliche aus dem Bundesgebiet nahmen daran teil. Doch bevor hier Methodik und Erfahrungen dieses Wochenendes beschrieben werden, zunächst ein kleiner Einstieg darüber, was an dieser Fernsehserie denn eigentlich politisch ist.

Gesellschaftliche Konflikte werden auf die Spitze getrieben

Die verschiedenen Charaktere der Simpsons stellen Stereotypen unserer Gesellschaft dar, die durch ihr Interagieren gesellschaftliche Konflikte widerspiegeln und diese auf die Spitze treiben. Die Kernfamilie der Serie besteht aus den Eheleuten Homer und Marge Simpsons sowie ihren Kindern Bart, Lisa und Maggie.

Homer ist ein fauler, egozentrischer und einfühliger Mann mit einem guten Herzen. Er ist patriotisch, lässt sich leicht von den dümmsten Ideen überzeugen und wettet ohne Unterlass gegen „die da Oben“. Er kann als die satirische Stereotype des Amerikaners gesehen werden. Die Tatsache, dass er als fauler, dummer Mensch Sicherheitsbeauftragter eines Atomkraftwerkes ist, kann als eindeutiger Seitenhieb gegen die Atomindustrie gesehen werden. Seine Frau Marge ist

Hausfrau. Die Sorge darüber, was wohl die anderen denken, bringt sie dazu, die Familie jeden Sonntag in die Kirche zu treiben und konservative Werte hochzuhalten, die sie an sich nicht verinnerlicht hat. Sie ist das vernünftige Rückgrat der Familie und muss als solches viel über sich ergehen lassen. Diese „Kinder Küche Kirche – Welt“ wurde ihr durch ihre strenge Erziehung aufgedrückt. Interessant wird es, wenn sie diese Welt in exzentrischer Weise verlässt. Sie ist das Bild einer klassischen Hausfrau.

Der Sohn der Familie Bartholomew Jojo, kurz Bart Simpson, ist ein richtiger Satansbraten. Er schikaniert die Lehrer, hat schlechte Noten und sein Genie blitzt nur auf wenn es darum geht Streiche auszuhecken. Dennoch ist er „Everybody's darling“, er hat einen gewissen Charme und im Grunde seines Herzens ist er ein lieber Junge. Der typisch amerikanische Junge eben. Seine Schwester Lisa ist das genaue Gegenteil von ihm. Sie ist die beste Schülerin der Grundschule, ist Vegetarierin und immer hilfsbereit. Als engagierte Person prangert sie am laufenden Band Missstände an und entlarvt Heuchler und Lügner. Dass sie damit ihren „normalen“ Mitmenschen gehörig auf die Nerven geht, bleibt nicht aus. Ihre Begeisterung für die geistige Bewegung der 60er und 70er Jahre zeichnet sie somit eindeutig als Prototyp einer Intellektuellen aus. Das dritte Kind, Maggie, ist zwar mit der coolste Charakter der Simpsons, spielt allerdings für die dargestellten Konflikte wenn nur eine passive Rolle, da sie nicht sprechen kann.

Die Toleranz als klarer Sieger am Ende jeder Folge

Diese Kernfamilie wird von weiteren typischen Charakteren ergänzt, die andere Stereotypen darstellen. Hier nur zwei Beispiele: der Atomkraftwerkbesitzer Mister Burns: das Idealbild des bösen, blutsaugenden und republikanischen Kapitalisten. Der Barbesitzer Moe Szyslak ist ein Gauner und Aufwiegler, der immer gegen Minderheiten wettet und somit ein typischer Mitläufer.

Die klischeehafte Überzeichnung der Gesellschaft zeigt sich allerdings nicht nur bei den



Literaturtipps zum Artikel:

Dirk Helmes:

Die Simpsons – Eine politische Familie, zur politisch-kulturellen Bedeutung der „longest running sitcom“ der USA; LIT Verlag Berlin, 2009 ISBN 978-3-8258-8412-3

einzelnen Charakteren sondern auch in ihrem Zusammenwirken als Gruppe oder als pöbelnder Mob. Darüber hinaus werden auch Institutionen der Gesellschaft insofern kritisiert, dass sich die angeblichen Behüter der Moral, wie die Kirche und die Volksgemeinschaft, durch Lügen und Intrigen selbst entlarven. Die so entstehende Lücke wird durch die so genannten Außenseiter der Gesellschaft, wie die Migranten, das „abhängige Präkariat“ und die Homosexuellen gefüllt. Diese Gruppen nehmen keine moralische Überlegenheit in Anspruch und bleiben durch diese Bescheidenheit und einen ehrlichen Lebensstil die Gewinner im gesellschaftlichen Konflikt. Durch diese Sichtweise der Dinge gibt es am Ende einer jeden Folge einen klaren Sieger: Die Toleranz.

Parteien kommen schlecht weg

Die politischen Parteien kommen bei den Simpsons ganz schlecht weg. Die Demokraten werden als chaotischer und feiger

Haufen gezeigt, der nicht regieren kann, und die Republikaner gelten als machtbesessene Blutsauger, die in einem finsternen Schloss tagen, um das Fledermäuse schwirren (Graf Dracula ist übrigens auch Republikaner). Auffallend ist, dass die Parteien vollkommen ohne argumentativen Diskurs handeln. Sie konzentrieren sich ausschließlich auf die politischen Personen und die Diffamierung der Gegner. Der eigentliche Diskurs findet bei den Simpsons exklusiv in der Gesellschaft statt, ein Fakt, der dieses defätistische Bild der institutionellen Politik durchaus abmildern kann.

Soweit der für die Fülle sehr kurze Einstieg in die politische Dimension der Simpsons. Neben dem Hauptthema, dass man unter „Gesellschaftlichem Miteinander und Toleranz“ zusammenfassen kann, gibt es auch einzelne Folgen zu weiteren Themen der Politik. So gibt es Episoden zur Umweltpolitik, Migration und Integration, Umgang mit Minderheiten, die Rolle der Kirche in der Gesellschaft, Korruption sowie natürlich zum politischen System der USA.

Die Simpsons haben als Bestandteil einer Methode (Beispiel wird unten aufgeführt)

einen eindeutigen pädagogischen Mehrwert: Sie sind als niedrigschwelliger Einstieg in ein Thema sehr gut geeignet. Die Folgen sind kurzweilig und attraktiv für Jugendliche. Dadurch, dass diese Serie so beliebt ist, kann man auch von einer Nachhaltigkeit ausgehen, wenn die Jugendlichen in Zukunft ihre Lieblingsserie durch eine „politische Brille“ sehen. Die Simpsons spiegeln auf lustige Art die Gesellschaft, damit können auch Seminarteilnehmende dazu gebracht werden, das eigene Verhalten kritisch zu reflektieren. Hinzu kommt, dass trotz aller Kritik und Diskussion in den Folgen keine politische Meinung vorgegeben wird und so das zu behandelnde Thema für die Arbeit im Seminar offen bleibt.

Trotz all dieser Vorteile muss man bemerken, dass sich die Simpsons als alleiniges Thema für ein ganzes Wochenende nicht eignen, da zu viele Themen angesprochen und die Teilnehmenden so schnell überfordert werden. Besser ist es, eine Simpsons-Einheit zu einem bestimmten Thema zu wählen. Eine solche Einheit kann wie folgt aussehen:

Einheit: Demokratie und Toleranz:

Einstieg:

- Viereck – Pyramiden – Spiel
- Reflexion über das eigene Verhalten
- Kurzer Input über Vertretung eigener Interessen

Verlauf: Folge „Lisa als Vegetarierin“, Anleitende Fragen zur späteren Diskussion:

- Wozu verleitet angebliche „moralische Überlegenheit“?
- Praktische Beispiele aus der aktuellen Politik?
- Wie entstehen Konflikte und wie kann man sie lösen?

Ergebnis:

Leitlinien für einen ausgeglichenen Dialog werden mit der Gruppe erarbeitet.

Die Methode als solche wurde von den Teilnehmenden sehr positiv bewertet. Sie verbindet Unterhaltung und Humor mit ernsthaften Inhalten und regt so das Interesse und die Diskussionsfreudigkeit an.

Florian Meisser, Referent für politische Bildungsarbeit bei DeZentrale e.V. in Köln.

Bessere inhaltliche Vernetzung

Zwölfte Fachgruppenkonferenz der Fachgruppe I „Das Politische“ in Rezbach

Retzbach (inform). Die Mitglieder der Fachgruppe I „Das Politische“ trafen sich vom 23. bis 24. September 2010 auf der Benediktushöhe in Rezbach zur halbjährlichen Fachgruppenkonferenz. Inhaltlicher Schwerpunkt war das Thema „Politische Bildung – Trends 2010“.

Am Beginn der Tagung stand eine methodische Einheit: Alle Teilnehmenden sollten vorstellen, was ihre Arbeitsschwerpunkte im Bereich der politischen Bildung sind und welche Themen ihnen darüber hinaus für die nächsten Jahre am Herzen liegen. Den Fachgruppenmitgliedern sollte so die Möglichkeit gegeben werden, sich zukünftig besser zu vernetzen und gegebenenfalls Expertenwissen aus anderen Einrichtungen einholen zu können.

Im Anschluss hielt Florian Meisser, Referent für politische Bildungsarbeit bei DeZentrale e.V. in Köln, einen Vortrag zum Thema

„Unterhaltungsmedien als Werkzeug politischer Bildung“. Er berichtete von seinen Erfahrungen, mithilfe von Fernsehserien wie den Simpsons, politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen lebensweltnaher zu gestalten und nachhaltig ihre Aufmerksamkeit für politische Themen zu wecken (siehe seinen Artikel oben, „Die Simpsons und politische Bildung“).

Alfred Paulus, Referent im Fachbereich Gesellschaft und Politik des St. Jakobshaus in Goslar, ging in seinem Beitrag näher auf den „Politikbegriff“, den „Politikzyklus politischer Entscheidungen“ und den „Beutelsbacher Konsens“ als wichtige Bausteine politischer Bildungsarbeit ein.

Als letzten inhaltlichen Punkt der Konferenz berichtete Carolin Auner der Fachgruppe von ihrer Podiumsdiskussion mit Dr. Siegfried Schiele zum Thema „Prepared to share? – Herausforderungen für die politi-

sche (Jugend-) Bildung“ im Rahmen des dritten Netzwerkforums „Netzwerk Politische Bildung Bayern“ in Nürnberg. Hierbei wurden zwei Kontroversen besonders deutlich: Im Gegensatz zu Dr. Siegfried Schiele hält es Carolin Auner für wichtiger, wie man als politischer Bildner bzw. politische Bildnerin arbeitet und nicht, aus welcher Fachrichtung man kommt. Ihrer Meinung nach müsse politische Bildung „reflektierte Renitenz“ fördern. Herausragender Unterschied in den Meinungen der beiden ist laut Carolin Auner jedoch, dass sie eine Eventisierung der politischen Bildung nicht gut findet, während Dr. Siegfried Schiele einen großen Nutzen darin sieht.

Am Ende der Fachgruppensitzung wurde Carolin Auner als Fachgruppenleitung im Bereich Jugendbildung verabschiedet. Sie hat ihre Einrichtung, das Caritas Pirckheimerhaus in Nürnberg, Ende September verlassen.

Julia Marggraf

Ein Blick über den Tellerrand

Zum Einsatz von Planspielen in der politischen Bildungsarbeit – von Andre Neger



Waldmünchen (inform). Der Weg, Jugendlichen politische oder auch gesellschaftliche Themen nahezubringen, gestaltet sich bekanntermaßen, abhängig von der Zielgruppe, nicht immer als leichtes Unterfangen. Daher hat sich in der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit seit längerem der Einsatz von Planspielen bewährt. Dadurch lassen sich fern von komplizierten Theoriegebilden und realitätsnah oftmals komplexe Systeme wie beispielsweise das weite Feld der Globalisierung Jugendlichen teilnehmergerecht darstellen.

Den „Blick über den Tellerrand“ ermöglichen

Die an der Jugendbildungsstätte Waldmünchen durchgeführten gesellschaftspolitischen Seminare zum Thema Arbeitsmarkt nutzten zwei eigens entworfene Planspiele, um den jugendlichen Teilnehmern zum Einen den Einstieg in die komplexe Gestaltung des nationalen Arbeitsmarktes, zum Anderen die Übersicht über die Vorgänge und Handlungsstränge unserer globalisierten Welt den jugendlichen Anforderungen und Kenntnisse entsprechend darzulegen. Didaktisches Ziel ist es, den Jugendlichen den Blick „über-den-Tellerrand“ realitäts- und handlungsnah zu ermöglichen.

Die Erfahrungen zeigen, dass sich die Teilnehmenden nach einer anfänglichen Skepsis den Themen gegenüber durch das Planspiel gut

in den jeweiligen Bereich einleben und für sich viele Inhalte mitnehmen können. Im Folgenden werden beide Planspiele kurz vorgestellt:

Planspiel „Spiel der Arbeit“

Im „Spiel der Arbeit“ schlüpft der Jugendliche in die Rolle eines Absolventen seiner jeweiligen Schulart und versucht, sich entsprechend seiner realen schulischen und persönlichen Kompetenzen auf einem simulierten Arbeitsmarkt für einen Ausbildungsplatz zu bewerben. Das Planspiel gliedert sich in zwei Hauptphasen: In der ‚Bewerbungsphase‘ bewirbt sich der Jugendliche auf die dargebotenen Ausbildungsberufe und versucht, anhand von schriftlichen, manchmal auch mündlichen Bewerbungen einen solchen zu bekommen. In der ‚Alltagsphase‘, gespielt an Spielbrettern, durchlebt er dann sein ‚alltägliches Leben‘. Hierbei fließen positive wie negative Ereignisse und Begebenheiten wie etwa familiäre Probleme, Drogenkonsum, Familiengründung oder zusammengefasst „das normale Leben“ mit ein und beeinflussen realitätsnah den Weg durch die Ausbildung. Die Jugendlichen erfahren so auch die Interaktion von Arbeit mit Geld und beschränkter Freizeit. Währenddessen bearbeitet die Seminarleitung in der ‚Arbeitsagentur‘ die eingegangenen Bewerbungen und vergibt die Ausbildungsstellen anhand von Notendurchschnitt, Form und vorgegebener Kompetenzen. Die korrigierten Bewerbungen werden an den Spielbrettern

Die Produktionsorte einer Jeans werden beim Planspiel „Die Weltreise einer Jeans“ auf einer Weltkarte mit Pins sichtbar gemacht.

durch die Betreuungspersonen zusammen mit den Jugendlichen ausgewertet und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Je nach Situation befinden sie sich nun in einer Ausbildung oder müssen sich nach einer Ablehnung zur nächsten Möglichkeit neu bewerben. Gleichzeitig werden die Verhaltensweisen der Jugendlichen bei Ämtern oder anderen öffentlichen Orten geschult.

Die abschließende Reflexion thematisieren vor dem Hintergrund des Erlebten die Regularien des Arbeitsmarktes (Angebot und Nachfrage), Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Prekarisierung) als auch eigenes Verhalten. So zeigt die Erfahrung, dass zu Beginn des Spiels beliebte Berufe, bei Jungen etwa der KFZ-Mechatroniker, sehr stark nachgefragt werden. Die alternative Ausbildungsstelle als Karosseriebauer als ähnlicher Beruf bleibt aber nach der ersten Bewerbungsrunde meist unbesetzt. Diesem Phänomen wird mit den Jugendlichen auf den Grund gegangen. Zusammenfassend lässt das „Spiel der Arbeit“ die Jugendlichen die verschiedenen Facetten der Arbeitswelt erleben und die Verknüpfung von Arbeit und Leben realitätsnah ablichten.

Planspiel „Die Weltreise einer Jeans

Das zweite Planspiel, „Die Weltreise einer Jeans“, soll den Jugendlichen anhand der weltweit stattfindenden Jeansproduktion die Prinzipien der Globalisierung erläutern. Verschiedene Teams bilden Firmen, die eine Jeans produzieren und anbieten sollen. Sie durchlaufen die einzelnen Produktionsschritte, von der Planung bis zum Verkauf. Je nach Produktionsschritt liegen den Jugendlichen drei Angebote aus verschiedenen Ländern zur Auswahl vor, welche sich hinsichtlich der Kosten, der Qualität und der jeweiligen Produktionsbedingungen unterscheiden. Nach der Fertigstellung stellen die jeweiligen Teams ihre Jeans auf einer Produktmesse innerhalb einer Werbekampagne dem Plenum vor (siehe Bild). Die an der Produktion beteiligten Standorte werden auf einer Weltkarte mit farbi-

gen Pins sichtbar gemacht, um die weltweite Vernetzung zu visualisieren. Durch eine Pressegruppe werden die Produkte anschließend anhand von Kriterien wie Kinderarbeit, Einsatz von Giftstoffen aber auch des Lohndumpings hinterfragt. Dabei steht im Fordergrund: Die Jugendlichen sollen sich darüber klar werden, dass die niedrigen Produktionskosten durchaus negative Aspekte der Globalisierung enthalten. Im Anschluss reflektieren sie Konsequenzen für ihr eigenes, auch zukünftiges Konsumverhalten. Das Planspiel der Weltreise einer Jeans vermittelt den Jugendlichen am Beispiel des Alltagsprodukts Jeans die Auswirkungen einer globalen Gesellschaft, mit all ihren Vor- und Nachteilen, vor dem Hintergrund der eigenen Lebenswirklichkeit. (AKSB didado® Spezial Nr. 3 / Juni 2010 stellte dieses Planspiel als didado 241 vor)

Planspiele sind wichtiges Element der Bildungsarbeit mit Jugendlichen

Nach unseren Erfahrungen eröffnet der Einsatz von Planspielen die Möglichkeit, auch spezifische Ziele oder Schwerpunkte eines Themas herauszuarbeiten. Damit kann gezielt auf Interessen und Bedürfnisse der Teilnehmenden reagiert werden und spezifische oder aktuelle Thematiken miteinbezogen werden. Der Einsatz von Planspielen in der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit ist in der Jugendbildungsstätte Waldmünchen ein wichtiges Element, um Jugendlichen entsprechend ihrer Erfahrungen den Weg in und das Wissen über die Realität zu erleichtern. Und nicht zuletzt: Der ‚Tellerand‘, über den sie schauen sollen, ist gar nicht so hoch, wie die Komplexität der Themen zunächst vermuten lassen.

Politik traf Hartz IV

Eine Tagung gelungener politischer Partizipation des Nell-Breuning-Hauses

Herzogenrath (inform). Im Juni 2010 fand im Gebrauchtwarenkaufhaus „Patchwork“, in Herzogenrath eine denkwürdige Tagung des Nell-Breuning-Hauses statt. Nicht nur der Ort war ungewöhnlich für eine Tagung mit Landes- und Bundespolitiker/-innen, schließlich traf man sich dort, wo ansonsten Menschen im Grundsicherungsbezug gebrauchte Möbel und Einrichtungsgegenstände gegen einen geringen Obolus erwerben können. Die alte Industriehalle ermöglichte vor allem eine Begegnung, die im politisch-sozialen Raum einen gewissen Seltenheitsgrad hat. 200 Langzeiterwerbsarbeitslose trafen auf Politiker/-innen ihrer Region, um mit ihnen über ihre Chancen zu debattieren. Und dabei ging es weniger um die Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt, sondern um ihre politische Einflussnahme.

Die Veranstaltung war ein sichtbares Zeichen dafür, dass der oft von Benachteiligtengruppen gehörte Spruch: „Wir können ja doch nichts tun“ oder „Wer hört schon auf die Kleinen“ keineswegs so gültig ist. Bürgerinnen und Bürger im SGB II Grundsicherungsbezug hatten sich gewünscht, mit Politikern ihre Lebenslagen zu diskutieren und um Verbesserungen zu ringen. Am Ende eines halbjährigen Vorbereitungsprozesses war für sie deutlich geworden, dass sie politisch Agierende sein können und wollen. Ihr Anspruch der Politikverdrossenheit von „Hartz

IV“ entgegenzuwirken scheint einlösbar zu sein, der Rückzug ins Private und dessen Folge, dass die Menschen hinnehmen, was ihnen „widerfährt“, ist zumindest im Kleinen zu stoppen.

Doch der Anstoß zu dieser Initiative, zum politischen Handeln, muss von ihnen selbst ausgehen, was nicht heißt, dass sie deswegen auf demokratische Lobbyisten verzichten können. Im Gegenteil, ihr Versuch, diese geschickt für ihre politischen und gesellschaftlichen Phantasien einzubinden, war ein voller Erfolg. Mit ihnen zeigten sich das Bildungswerk des DGB NRW, das NBH, der Förderverein für Arbeit, Umwelt und Kultur Herzogenrath sowie der Aachener Trägerdachverband ProArbeit e.V. solidarisch.

Entscheidend wird nun sein, wie nachhaltig alle Beteiligten in der Lage sind, an der Fortsetzung dieses Prozesses zu arbeiten. Gelingt es, dieses Niveau der Aktivierung aufrecht zu erhalten? Welche Maßnahmen sind diesbezüglich erforderlich? Welches Format politischer Bildung wird es dann sein?

Der Prozess soll weitergehen im Sommer 2011 mit einer neuen Runde im Landtag und Arbeitsminister Schneider. Es ist an der Zeit darüber nachzudenken, wie politische Partizipation von Langzeitarbeitslosen strukturell und finanziell ermöglicht werden kann. Denn,



so die These der Tagung und aller Beteiligten, nur wenn in Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration auch politische Bildung verankert wird, kann gesellschaftliche Integration gelingen und so auch Arbeitsmarktintegration. Die Gesellschaft könne es sich nicht leisten, auf die politische Gestaltungskraft von fünf Millionen Menschen zu verzichten. Und fünf Millionen Menschen wollen es nicht mehr ertragen am Rand der Gesellschaft zu leben, auch wenn manche effektheischende Sendung der privaten TV-Sender der Öffentlichkeit ein anderes Bild vermitteln will.

Ludwina Hupfauer/Dr. Christina Hermann

Aktiv gegen Kinderarmut in Russland

Ein aktionsorientiertes Projekt der politischen Jugendbildung



Georgsmarienhütte (inform). Das Soziale Seminar der Diözese Osnabrück e.V. hatte in seinen Jugendseminaren in den 18 Schulen der Diözese Osnabrück im Schuljahr 2009/2010 das Schwerpunktthema „Kinderarmut in Russland“. Dabei wurde die thematische Auseinandersetzung mit einer Aktivierung zum freiwilligen Engagement verbunden. Die 400 Jugendlichen, die durch diese Kurse erreicht wurden, sollten Aktionen gegen Kinderarmut in Russland entwickeln. Diese Verbindung ist gut gelungen.

Die Seminarteilnehmer/-innen setzten sich mit der sozialen Situation in Russland auseinander. Ihnen wurde deutlich, dass beispielsweise der demographische Wandel, die Landflucht und die wirtschaftlichen Probleme wesentliche Gründe für ein steigendes Armutsrisiko der Bevölkerung sind. Arbeitslosigkeit, übermäßiger Alkoholkonsum, schlechte Wohnverhältnisse führen dazu, dass Kinder vernachlässigt werden und deshalb keine kindgerechte Entwicklung erfahren. Im schlimmsten Fall landen Kinder und Jugendliche als Sozialwaisen auf der Straße.

Projekte motivierten Jugendliche zum direkten Handeln

Um selbst etwas Konkretes gegen diese Misere zu tun, starteten die Jugendlichen zwei Projekte:

Das erste Projekt bestand in einer Spendenaktion zugunsten der Kinderzentren in Russ-

Foto li.: Gruppenfoto zur Spielplatzerröffnung mit deutschen und russischen Jugendlichen und Gästen; Foto re.: Melina und Wowa tauschen Geschenke als Zeichen der Völkerverständigung

land. Bei dieser Aktion konnten 5.185 Euro gesammelt werden.

Für das zweite Projekt reisten in der Zeit vom 12. bis 31. Juli 2010 17 Jugendliche aus der Diözese Osnabrück im Rahmen eines Jugendworkcamps in das 3.400 Kilometer entfernte Orsk nach Russland. Dort beteiligten sie sich am Aufbau eines Kinderspielplatzes, der schließlich drei Tage vor der Heimreise unter Beteiligung von Eltern Jugendlichen, Kindern, Vertreterinnen der Kirchengemeinde und der Stadt Orsk feierlich eröffnet wurde.

„Ich baue einen Spielplatz in Russland“

„Wenn du siehst, dass da Kinder auf einer Schaukel sitzen, die du mit aufgebaut hast, und lachen und für einen kleinen Moment vergessen, dass es auch noch Probleme in ihrem jungen Leben gibt, weiß man gar nicht mehr, wo oben und wo unten ist. Man ist in dem Moment einfach überglücklich und auch stolz darauf! ...Und ich bin wirklich dankbar dafür, dass ich an diesem Gefühl teilhaben konnte und meine Heimat wieder sehen konnte und würde jederzeit, jederzeit wieder sagen wollen: Ich fahr nach Russland und baue einen Spielplatz!“ Dieses Zitat

von Viktoria Heinz aus Georgsmarienhütte, einer Teilnehmerin des Jugendworkcamps, beschreibt ziemlich genau die Motivation und Stimmung der Teilnehmenden während des dreiwöchigen Russlandaufenthalts. Für alle Beteiligten bleibt das Workcamp ein unvergessliches Erlebnis, dass sich nachhaltig auswirkt.

Besonders gut gelungen ist der Kontakt zwischen russischen und deutschen Jugendlichen. Durch das gemeinsame Planen und Bauen und durch die vielen Unternehmungen entstanden Freundschaften, die noch heute gepflegt werden. Im kommenden Jahr soll der Austausch mit einem Gegenbesuch der russischen Jugendlichen vertieft werden.

Gute Vernetzung mit Caritas und Russlandhilfe legten Grundlage für den Erfolg des Projekts

Der Erfolg des Projekts, so das Fazit des Veranstalters, ist geschuldet einer motivierenden Bildungsarbeit, einer verlässlichen Vernetzung mit anderen Organisationen (Caritasverband, Russlandhilfe) und nicht zuletzt des Engagements der Jugendlichen, die sich auf dieses „Abenteuer“ eingelassen haben.

Werner Oenning, Soziales Seminar der Diözese Osnabrück e.V., Georgsmarienhütte

Anm. d. Red.: Das Jugendworkcamp wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) gefördert.

Lernimpulse für Solidarität

12. Fachgruppenkonferenz der FG III „Das Gesellschaftliche“ in Retzbach

Retzbach (inform). Im September 2010 fand in der Arbeitnehmerbildungsstätte Benediktushöhe Retzbach e.V. die 12. Fachgruppenkonferenz der FG III „Das Gesellschaftliche“ statt. Sie befasste sich vor allem mit dem Thema „Ohnmacht überwinden – Selbstermächtigung in Lernprozessen“, dem Schwerpunkt der Fachgruppe III für das Jahr 2010. Ebenfalls Gegenstand der Beratungen war der Entwurf des AKSB-Vorstands zur Weiterentwicklung der Bundesweiten Zusammenarbeit.

Eingeladen zur Sitzung war Carsten Büniger, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik

der Technischen Universität Darmstadt. In seinem Vortrag gab er Anregungen, wie in Lernprozessen Ohnmacht zu überwinden sei. Selbstermächtigung versteht er dabei als kollektiven Lernprozess, der Menschen in die Lage versetzt, bisher vorenthaltene Rechte in Anspruch zu nehmen, gegen herkömmliche Regularien zu protestieren und in Auseinandersetzung mit dem „Normalen“ Anerkennung zu gewinnen oder auch zu gefährden. Eine solche Strategie setzte Büniger in Relation zu lernpsychologischen Kontexten, Lernkulturen und pädagogischen Verwendungszusammenhängen. Eine nicht-affirmative Pädagogik sollte Selbstermächtigung

als relationale Praxis stets neu bestimmen. Dabei solle die Erfahrung und die Behauptung eigener Ohnmacht weder ignoriert noch reproduziert werden.

Die Fachgruppenleitungen, Dr. Doris Katheider und Bernhard Eder, werden die Thesen in einen Textentwurf einbauen, der bei der nächsten Fachgruppenkonferenz, die vom 28. Februar bis 1. März 2011 in Fulda stattfindet, diskutiert werden soll. Als Endergebnis des Diskussionsprozesses werden Empfehlungen formuliert, wie durch Lernprozesse der Selbstermächtigung Ohnmacht überwunden werden kann.

Bernhard Eder

Was tun?! – Wege aus der Kinderarmut

Seminarkonzeption der Initiative Christen für Europa – von Kirstin Schüssler

Dresden (inform). Knapp 20 Jahre ist es her, da spielte das Thema Kinderarmut in der deutschen Gesellschaft und unter Fachexperten eine eher marginale Rolle. Mit wirtschaftlichem Aufschwung – so der landläufige Glaube – sollte ein gehobener Lebensstandard einhergehen. Mittlerweile herrscht Konsens darüber, dass die Kluft zwischen Arm und Reich vor allem in den letzten zehn Jahren immer weiter auseinander geht.

Kinderarmut ist dabei in der Mitte der Gesellschaft angekommen und der Diskussionsbe-

darf scheint enorm. Im Kurs „Was tun?! – Wege aus der Kinderarmut“ sind die Teilnehmenden dazu aufgefordert, sich mit verschiedenen Aspekten von Kinderarmut auseinander zu setzen und daraus Rückschlüsse für gesellschaftliche Veränderungen und politische Handlungsanweisungen zu ziehen. Die Initiative Christen für Europa hat dazu eine Seminarkonzeption erstellt, die hier kurz vorgestellt wird: Die Ziele des Kurses sind neben der intensiven Beschäftigung mit der Thematik (Was bedeutet es arm zu sein? Simulation zur Kluft zwischen

Arm und Reich und der daraus resultierende Macht- und Entscheidungsspielraum) auch die Formulierung von Thesen, die auf die gesellschaftlichen Veränderungen und Forderungen an politische Entscheidungsträger abzielen. Der Kurs wird abgeschlossen mit der Aufstellung eines Ideenpools (Welche konkreten Möglichkeiten habe ich, etwas gegen Kinderarmut zu tun?) sowie der Vorstellung von Beispielen positiver Praxis im Umgang mit Kinderarmut, wie beispielsweise die Taschengeldwerkstatt des Jugendhaus Emmers in Dresden.

Verstehen statt ausgrenzen

Ein Planspiel zur interkulturellen Pädagogik – von Marco Dusterwald

Hammerkeln (inform). Spricht man mit anderen über Kulturkontakterfahrungen, so gibt es häufig einseitige und stereotype Äußerungen. Schnell werden Gruppen, Religionen und Weltanschauungen in einen Topf geworfen. Einer sozialen Ausgrenzung sind dann Tür und Tor geöffnet. Die Frage bleibt, wie man sich selbst so weit sensibilisieren kann, um Menschen differenzierter zu betrachten.

Eine Möglichkeit, einen Gedankenstoß zu bekommen, ist das „Fünf-Kulturen-Spiel“,

das vom Zentrum für didaktische Studien Göttingen entworfen wurde und seit einigen Jahren erfolgreich in der Akademie Klausenhof angewandt wird. Das Planspiel hat zum Ziel, Menschen als Individuen zu sehen, die über bestimmte Werte und Normsysteme verfügen. Grundlage des Spiels ist, das von Thompson entwickelte kulturtheoretische Konzept, welches auf fünf existenzfähigen Lebensstilen basiert. Diese Lebensstile werden durch die Teilnehmenden repräsentiert. Nach der Einarbeitung in die verschiedenen Rollen

müssen die Teilnehmenden Herausforderungen meistern, von der Schaffung einer „Kulturhymne“ bis hin zu existenziellen Problemen einer Wasserknappheit.

Teilnehmende dieses Planspiels berichteten immer wieder davon, dass ihnen der Transfer des Spiels in ihre Praxis gut gelungen wäre und sie somit eine Handreichung bekommen hätten, andere Menschen besser zu verstehen. Informationen zum Spiel gibt es bei Marco Dusterwald, duesterwald@akademie-klausenhof.de.

Methodische Anregungen zum Klimawandel

"Zukunft einkaufen": Aktionsbausteine für die Erwachsenenbildung – von Kai Stenull

Bonn (inform). Das ökumenische Projekt „Zukunft einkaufen“ möchte dazu beitragen, dass die Kirchen durch systematische Umstellung auf ökofairen Konsum ein sichtbares Zeichen für die Bewahrung der Schöpfung setzen. Projektziele sind u.a., dass auf kirchlicher Ebene der Nachhaltigkeitsgedanke stärker verankert wird und konkrete Aktionen zur Umweltentlastung durchgeführt werden. Auf der Projektwebseite finden sich unter der Rubrik „Publikationen & Links“ (www.zukunft-einkaufen.de/downloads0.html) neben anderen Materialien und didaktisch aufbereitete Einheiten zum Thema Klimaschutz die Broschüre „Klima und Konsum. Aktionsbausteine für die Erwachsenenbildung – nicht nur in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen“.

Beschrieben werden hier die einzelnen Schritte für das Startmodul „Klimaschutz – (auch) eine Frage der Gerechtigkeit“, das um die drei Vertiefungsmodule (1) „Der Klimawandel und seine Folgen für das Leben“, (2) „Klimawandel und weltweite Gerechtigkeit“ und (3) „Klimawandel diskutieren“ ergänzt werden sollte. Darüber hinaus werden Einheiten vorgestellt, in denen mit Teilnehmenden als Konsequenz verschiedene Handlungsoptionen



auf persönlicher und struktureller (Gemeinde-) Ebene erarbeitet werden können.

Praktisch für die Seminar-Vorbereitung sind auch die ergänzenden Materialien, die in kurzer und ansprechender Form u.a. die Themen „CO₂-Fussabdruck“, „Klimakritischer Konsum“ oder „Biblisch-theologische Gedanken zum Klimawandel“ darstellen. Fazit: Der Hinweis im Untertitel, dass die Aktionsbausteine nicht nur für den Einsatz in Kirchengemeinden und in kirchlichen Einrichtungen geeignet sind, trifft vollkommen zu. Ohne größeren Aufwand lassen sich alle Module für den

Johannes K. Rücker erläutert das Projekt „Zukunft einkaufen“ bei der AKSB Jahrestagung.

Einsatz in Seminaren der politischen Bildung anpassen. Der Download lohnt sich also.

Ein Hinweis in eigener Sache: Methoden-Bausteine zum Download finden sich auch in der didado-Datenbank (<http://didado.aksb.de>). Einfach einloggen mit dem KUBA-Zugang. Weitere Informationen bei Kai Stenull, stenull@hph.kirche.org.

Jugend in Bewegung im Beratungsprozess

EU-Jugend- und Bildungsminister diskutieren die neue Leitinitiative in Brüssel

Büssel (inform). Am 18./19. November traf sich der Rat in der Zusammensetzung der Jugend- und Bildungsminister in Brüssel, um neben anderen Themen auch die neue Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ zu diskutieren. Im Ergebnis begrüßte der Rat die Initiative und ihre Bedeutung für Europas Jugend, er lobte aber auch bestehende Förderprogramme wie Jugend in Aktion. Damit positionierte sich der Rat im Rahmen der Diskussion um die neuen Förderprogramme nach 2013 und übte vorsichtig Kritik an Plänen zur Ausrichtung der neuen Förderlinien auf die Europa 2020 Strategie. Zu Fragen nach der zukünftigen Finanzierung der Initiative hielt sich der Rat zurück; er verlangte lediglich eine effizientere Nutzung des bisherigen EU-Budgets und eine

stärkere Verknüpfung der verschiedenen Fördermittel. Im Jugendbereich begrüßte der Rat den sektorübergreifenden Ansatz der Initiative sowie die geplante Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Kenntnissen. Zu diesem Thema wird es voraussichtlich noch in diesem Jahr eine Konsultation der EU geben, an der sich die breite Öffentlichkeit beteiligen kann.

Das Thema Anerkennung von non-formalen und informellen Lernergebnissen griff der Rat auch in seiner Entschließung zur Jugendarbeit auf. Wichtigstes Ergebnis für die Jugendarbeit ist eine umfassende Definition des Begriffs, die der Rat in seine Entschließung aufnahm. Vor dem Hintergrund der Bedeutung, die Jugendarbeit in einer

großen Zahl von Politikbereichen spielt soll Jugendarbeit zukünftig sowohl in der Initiative „Jugend in Bewegung“ als auch in der EU-Jugendstrategie angemessen berücksichtigt werden. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Jugendarbeit durch entsprechende finanzielle und strukturelle Förderung besonders zu unterstützen.

Ein weiteres Thema in der Ratssitzung war Bildung für nachhaltige Entwicklung: Der Rat erkennt die wichtige Bedeutung dieses Themas und befürwortet eine Verankerung in allen Bildungsbereichen und eine Integration in die Lehrpläne der Mitgliedstaaten. Auf europäischer Ebene soll Bildung für nachhaltige Entwicklung als Priorität in die neuen Bildungsprogramme aufgenommen werden.

Kompetenzen für Partizipation und Solidarität fördern

Neue europäische Projekte der kifas GmbH Waldmünchen

Waldmünchen (inform). Am 1. September 2010 startete die kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen zwei europäische Projekte. Beim ersten Projekt – „tool-fit: Kompetenzen für Partizipation, Kommunen als Lernorte für bürgerschaftliches Engagement und für die politische Partizipation älterer Menschen“ – werden zusammen mit Partnerorganisationen aus den Ländern Bulgarien, Dänemark, Österreich, Italien und Tschechien innovative didaktische Konzeptionen ermittelt, die Inklusion von Seniorinnen und Senioren in die Entscheidungsprozesse und Strukturen der Kommunalpolitik fördern. Die Projektpartner sind Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Kommunen und Dachorganisationen von

Kommunalen Gebietskörperschaften. Das Projekt läuft bis zum 31. Juli 2012. Zentrales Ergebnis soll ein Leitfaden sein, der Modelle und good practice-Beispiele der gesellschaftlichen und politischen Partizipation älterer Menschen sowie Lernarrangements enthält.

Beim zweiten europäischen Projekt „Empowerment – Lernprozesse der Solidaritätsförderung“ sollen zusammen mit Partnerorganisationen aus den Ländern Belgien, Bulgarien, Österreich, Italien und Tschechien innovative didaktische Konzeptionen der Solidaritätsförderung ermittelt und auf ihren Gebrauchswert für die Erwachsenenbildung überprüft werden. Die Projektpart-

ner sind Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Nicht-Regierungsorganisationen mit sozialpolitischer Ausrichtung. Das Projekt hat ebenfalls eine Laufzeit bis zum 31. Juli 2012. Entwickelt werden soll ein Leitfaden, der Lernprozesse zur Förderung von Solidaritätskompetenz beschreibt. Er enthält didaktische Ansätze sowie inhaltliche und methodische Hinweise. Beide Projekte werden gefördert von der Europäischen Union durch das Programm für Lebenslanges Lernen, Grundtvig, Lernpartnerschaften. Bei beiden Projekten ist Bernhard Eder, Bildungsreferent bei kifas, Projektleiter und Koordinator. Weiter Informationen zu beiden Projekten finden sich unter www.kifas.org > Projekte.

Europa kurz notiert

Ausschreibungen und Informationen

Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) schreibt im Rahmen des Programms „Jugend in Aktion“ einen **Studienauftrag über die „Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben“** aus. Die Studie soll die aktuelle Situation der Partizipation von Jugendlichen in Europa analysieren, Initiativen zur Förderung von Jugendpartizipation prüfen und sich mit der Frage beschäftigen, wie die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa gestärkt werden kann. Dazu sollen besonders wirksame und effektive Beispiele für die Förderung von Jugendpartizipation herausgearbeitet werden. Der Vertrag für den Studienauftrag umfasst einen Zeitraum von 14 Monaten. Bewerbungen sind bis zum **03. Januar 2011** bei der Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur möglich. Informationen unter <http://zumlink.de/BeteiligungjungerMenschen>.

Die Zahl der Europäer über 65 Jahre wird in den kommenden 20 Jahren um 40% ansteigen. Dies stellt nicht nur die Wirtschaft, sondern die ganze Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Mit welchen Innovationen dieser Herausforderung begegnet werden

kann und soll, möchte die Europäische Kommission nun von öffentlichen und privaten Einrichtungen, Unternehmen und Bürgern wissen. Hintergrund ist eine Europäische Pilotpartnerschaft im Bereich „Aktivität und Gesundheit im Alter“, die nach Vorschlag der Kommission 2011 anlaufen soll und u.a. zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen und damit zu einem aktiveren, selbstständigen Leben führen. **Das Konsultationsverfahren wird noch bis zum 28. Januar 2011 laufen.** Nähere Informationen gibt es unter

<http://zumlink.de/LebensqualitaetAlter>

Im Rahmen ihrer diesjährigen Herbstvollversammlung in Brüssel haben sich die Bischöfe der **COMECE** besorgt über den Anstieg von populistischen Bewegungen in verschiedenen europäischen Ländern geäußert. Dabei ging es ihnen um verschiedene Formen von Nationalismus bis hin zum Extremismus auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Sie wiesen darauf hin, dass sich der Populismus nicht mit der universellen Berufung der Kirche verträgt und der europäischen Idee der Solidarität entgegensteht. Die Bischöfe wollen diesen Entwicklungen mit der weiteren Förderung des interkulturellen Dialogs, bürgerlichem und sozialem

Engagement sowie der Erziehung zur Verantwortung begegnen.

Pünktlich zum ersten Jahrestag des Lissabon-Vertrages hat die **KAB Deutschlands in Köln ihr Europabüro am 1. Dezember** eröffnet. Leiter des Büros ist Wilfried Wiene. Im Rahmen der Veranstaltung gaben Sven Giegold, Europaparlamentarier der Grünen, und Marc Michiels, Koordinator der Europäischen Bewegung Christlicher Arbeitnehmer/-innen (EBCA), den Startschuss für die neue Homepage der EBCA. Der mehrsprachige Internet-Auftritt (www.ebca-netzwerk.eu) soll einerseits vernetzen und andererseits die Bewegungen der EBCA und ihre Aktivitäten auf der europäischen Bühne bündeln und darstellen. Unterstützt wird die Homepage auch vom neuen Europabüro der KAB, der Kontakt- und Servicestelle für die europäische Netzwerkarbeit.

Die Aktion Europa hat eine CD-Rom EUROPA herausgegeben. Sie enthält eine Unterrichtseinheit über die Europäische Union für die Erwachsenenbildung, insbesondere für Dozentinnen und Dozenten, die ihrerseits Multiplikatoren ausbilden. Der Inhalt ist ganz auf den Stand nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ausgerichtet. Weitere Informationen unter <http://zumlink.de/cdeuropa>.

BMFSFJ: Neue Regelungen für Jahresanträge ab 1. Januar 2011

AKSB-Zentralstelle informiert Mitgliedseinrichtungen über das geänderte Antragsverfahren

Bonn (inform). Mit Schreiben vom 6. Dezember 2010 hat die Zentralstelle der AKSB die Mitgliedseinrichtungen über das neue Verfahren zur Beantragung von Kursen der politischen Bildung informiert. Bereits bei der AKSB-Mitgliederversammlung am 24. November 2010 war angekündigt worden, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum 01. Januar 2011 neue Regelungen in Kraft setzen wird. Dies hat Auswirkungen auf den bereits laufenden Jahresantrag 2011

wie auch auf die Einzelanträge des kommenden Jahres.

Konkret bedeutet dies, dass bis spätestens 22. Dezember 2010 alle Kurse 2011 über einen Vorantrag bei der AKSB-Zentralstelle gemeldet sein müssen. Ansonsten ist keine Förderung mehr möglich. Es wurde in der online-Kursdatenbank KuBa ein neues Modul eingerichtet, dass diese Voranmeldung unterstützt. Konkrete Kursanmeldungen nach dem bisherigen Verfahren werden bis 15. Dezember 2010 ebenfalls noch im Jahresantrag berücksichtigt.

Sollten sich die Inhalte im Laufe des Förderjahres ändern, so ist dies frühzeitig dem Fördergeber anzuzeigen und muss von diesem genehmigt werden. Einzelheiten zu den Änderungen, insbesondere dem neuen Vorantragsverfahren können dem o.g. Schreiben entnommen werden. Für Rückfragen stehen die Mitarbeiterinnen der Zentralstelle Doris Ley, ley@askb.de, und Doris Jonas, jonas@askb.de, oder Ute Stolz, stolz@askb.de, als Verantwortliche für die Zentralstelle zur Verfügung.

In der Diskussion: Richtlinienänderung im Bereich bpb

Richtlinienänderung soll Umsatzsteuerzahlungen für Seminare vermeiden

Bonn (inform). Aufgrund der seit einiger Zeit bekannten Problematik der Umsatzsteuerveranlagung bei Bildungsangeboten auch in der politischen Bildung hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) auf Bitten der Träger und des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) entschlossen, die Richtlinien zu verändern. Damit soll zumindest für die Zukunft vermieden werden, dass die Bildungsträger zu Umsatzsteuerzahlungen für Seminare herangezogen werden, welche die bpb fördert.

Die bpb hat dazu in enger Absprache mit dem Bundesrechnungshof (BRH) eine überarbeitete Fassung der Richtlinien erstellt,

welche am 15. November 2010 in einer Runde mit Vertretern aus den Reihen des bap vorgestellt worden ist.

Wesentlicher Veränderungspunkt ist die zukünftige Förderung aufgrund eines Antrags statt auf einer Spitzabrechnung nach Durchführung der Maßnahme, die letztlich die Teilnahmetage als Bezugsgröße für die Förderung berücksichtigt. Letzteres muss aus steuerlichen Gründen zukünftig ausgeschlossen werden. Nach Darstellung der bpb wäre demnach die Förderung als Festbetrag auf den Antrag gewählt worden. Dazu müsste auch ein Kosten- und Finanzierungsplan vor-

gelegt werden. Als Folge daraus hätten alle Änderungen des Antrages (z.B. Austausch von Fördereinheiten, Abweichungen in der Teilnahmezahl, Verschiebungen im Kosten- und Finanzierungsplan) zeitnah (vor Veranstaltungsbeginn) der bpb gemeldet werden müssen, die dann Änderungsbescheide erlassen hätte.

Dieses Verfahren wurde von den anwesenden Trägervertretern als nicht durchführbar bewertet und der bpb Vorschläge zur Vereinfachung des Verfahrens vorgelegt. Diese werden zurzeit geprüft. Weitere Informationen erteilt Ute Stolz. stolz@askb.de.

Politische Bildung mit Kindern

Bericht über ein Expertengespräch der afj und der DPSG in Köln – Von Pascal Kreuder

Köln (inform). Die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) und die Bundesleitung der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) luden am 25. November 2010 zu einem Expertengespräch über politische Bildung mit Kindern in Köln ein.

Beide Stellen wollten ergründen, welche Möglichkeiten, Projekte und Erfahrungen es in diesem Bereich gibt. Für die AKSB nahm Pascal Kreuder an dem interdisziplinären und trägerübergreifenden Fachaustausch teil. Vertreten waren unter anderem Jugendverbände, Organisationen des Kinder- und Jugendaustauschs und Träger der politi-

schen Bildung.

Nach einem Erfahrungsaustausch, in dem bisherige Projekte der Partizipation und Selbstbestimmung von Kindern sowie Ansätzen politischer Bildung erörtert wurden, kamen in Arbeitsgruppen die Gelingensbedingungen, Grundlagen und Haltungen, die für eine erfolgreiche Arbeit notwendig sind in den Blick. Es zeigte sich schnell, dass in der Kinder- und Jugendarbeit der Verbände, zum Beispiel der Pfadfinder, Themen und Anforderungen, wie sie in der politischen Bildung vorkommen, geteilt werden. So konnte als ein gemeinsamer Ansatz die Teilnehmerorientierung konstatiert werden.

Einig waren sich zudem alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, dass Konzepte der Jugendbildungsarbeit nicht einfach analog auf die Arbeit mit Kindern übertragen werden können. Allerdings wurde zugleich deutlich, dass bezogen auf die Zielsetzung einer politischen Bildungsarbeit noch Klärungsbedarf besteht.

Der mit dem Expertengespräch angestoßene Entwicklungsprozess und die Vernetzung untereinander sollen im kommenden Jahr fortgeführt werden. Angedacht ist eine Fachkonferenz unter der Leitung von Sandra Kleideiter (afj) im Herbst 2011. Die AKSB wird dies beobachtend begleiten.

Personalia

AKSB-Geschäftsstelle – Mitgliedseinrichtungen – Kooperationspartner

Seinen 80. Geburtstag feierte Anfang Dezember **Dr. Werner Remmers**. Der Gründer der Ludwig-Windthorst-Stiftung war langjähriger Leiter des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen. Weitere Stationen auf seinem Lebensweg waren: Mitglied des Landtags in Niedersachsen, Niedersächsischer Kultus- und dann Umweltminister, Direktor der katholischen Akademie in Berlin und langjähriger Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Das Ludwig-Windthorst-Haus veranstaltete zu seinem Geburtstag eine Tagung mit Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert (Bericht folgt im nächsten Inform).

Bereits im November dieses Jahres konnte **Dr. Paul Hoffacker** seinen 80. Geburtstag feiern. Dr. Hoffacker war Geschäftsführer der Aktion Adveniat, langjähriger Direktor der Katholischen Akademie Die Wolfsburg in Mülheim Speldorf und Bundesvorsitzender des Kolpingwerks Deutschland. Mehr als zwei Jahrzehnte

war der Jubilar auf politischer Ebene tätig: Als Bundestagsabgeordneter hatte er viele Jahre das Amt des familien- und gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion inne. Der Essener **Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck** würdigte ihn anlässlich seines Geburtstages für seine "unschätzbaren Verdienste". Er habe immer starke und deutliche Worte für das berufliche und ehrenamtliche Engagement von Laien in der Kirche gefunden.

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) für berufliche Bildung hat einen neuen Vorsitzenden. Einstimmig wurde bei der Mitgliederversammlung **Ulrich Vollmer** vom Kolpingwerk Deutschland gewählt. Er löst damit den Direktor der Akademie Klausenhof und AKSB-Vorsitzenden **Dr. Alois Becker** ab. Dr. Becker hatte dieses Amt seit 1995 inne und gab es jetzt wegen des bevorstehenden Eintritts in den Ruhestand auf. Als Stellvertretender Vorsitzender der BAG wurde

einstimmig **Günther Amendt** gewählt, der Dr. Becker Anfang April als Akademiedirektor des Klausenhofs ablösen wird.

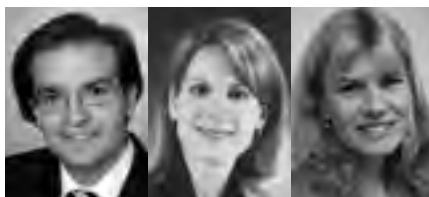
Michael Götz vom Haus am Maiberg wird mit dem 1. Januar 2011 seine Infrastrukturstelle als Leitung der politischen Erwachsenenbildung in der Fachgruppe I „Das Politische“ aufgeben, um sich beim Haus am Maiberg dem Projekt Politische Compassion & Service Learning zu widmen (siehe S. 9).

Einen neuen Vorstand wählte die Mitgliederversammlung der Katholischen BAG Freiwilligendienste im Oktober. Gleichberechtigte Vorsitzende sind **Marion Paar** vom Deutschen Caritas Verband und **Simon Rapp** vom Bund der Deutschen Katholiken (BDKJ). Vorsitzender des Fachausschusses Innland ist **Simon Rapp**, Vorsitzender für den Fachausschuss Ausland **Hans Nirschl**, Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH).

Neue Mitarbeitende in der AKSB-Geschäftsstelle

Pascal Kreuder und Martina Wittwer verstärken die Abteilung politische Bildung

Bonn (inform). Seit Oktober ist der 30-jährige Bonner Pascal Kreuder Referent für Politische Bildung bei der AKSB. In Bonn studierte er von 2000 bis 2006 Philosophie, Mittelalterliche und Neuere Geschichte und Politische Wissenschaft. In seiner Masterarbeit widmete er sich den ethischen Fragen zur Sterbehilfe. Ehrenamtlich engagierte er sich in der politischen Bildung beim Verein zur Förderung politischen Handelns von 2000 bis 2010. Vor seinem Wechsel zur AKSB war er von 2006 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Frauenpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen, Maria Westerhorstmann.



(V.l.n.r.): Pascal Kreuder, Martina Wittwer, Andrea Rein

Die 27-jährige Martina Wittwer aus Kerpen verstärkt seit September 2010 als Sachbearbeiterin die Abteilung Politische Bildung in der AKSB-Geschäftsstelle. Ihre Stelle wurde neu eingerichtet. Den Magisterabschluss absolvierte

sie in den Fächern Regionalwissenschaften Nordamerika, Politische Wissenschaft und Geographie. Zu ihren Schwerpunktthemen gehören Internationale Migration und politische Systeme. Ehrenamtlich engagierte sie sich als langjährige Jugendgruppenleiterin und bei Bonn International Model United Nations e.V. als Mitarbeiterin. Andrea Rein hat im September die Sekretariatsaufgaben in der Geschäftsstelle für die Bereiche Bildung und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernommen. Sie stammt aus Asbach und ist 50 Jahre alt. Vor ihrer Beschäftigung bei der AKSB hat sie als Verwaltungsangestellte bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS) gearbeitet.

Redaktionsschluss für den nächsten AKSB-Inform: 28. Februar 2011

Fotonachweis: Titelbild groß, S. 2, 3, 5, 7, 8, 20, 23, AKSB-Geschäftsstelle; Titelbild kl. mi., S. 4, DPJW (Büro Warschau); Titelbild kl. li. und re., S. 18, Soziales Seminar der Diözese Osnabrück e.V.; S. 10, Stiftung Jugendmarke; S. 12, FAR – Verein für Jugendbildung und Medienpädagogik; S. 14, LIT Verlag Berlin; S. 16, Andre Neger; S. 17, Nell-Breuning-Haus.

Auflage: 900

ISSN 0937-8375

AKSB-Inform wird hergestellt mit Förderung aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Termine

Termine der AKSB in 2011

09.-10.02.2011	AKSB-Vorstandssitzung 1/2011	Jakob-Spenerhaus-Haus, Frankfurt/Main
09.02.2011	AKSB-Satzungskommission	Jakob-Spenerhaus-Haus, Frankfurt/Main
28.02.-01.03.11	Fachgruppe I-III	Bonifatiushaus, Fulda
01.-02.03.2011	Fachtagung „Familie und Medien“	Bonifatiushaus, Fulda
11.-12.04.2011	Fachkonferenz „Internationale Arbeit 2011“	Maison ND du Chant d'Oiseau, Brüssel
03.05.2011	Kooperationskonferenz „Politische Erwachsenenbildung“	Haus am Dom, Frankfurt/M.
11.05.2011	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
16.-17.05.2011	AKSB-Vorstandssitzung 2/2011	Haus am Maiberg, Heppenheim
25.-27.05.2011	Verwaltungsfachtagung – in Kooperation mit der Akademie Klausenhof	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
07.06.2011	Kooperationskonferenz Erwachsenenbildung KBE	Haus am Dom, Frankfurt/M.
07.-09.06.2011	Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag	Stuttgart
21.06.2011	BMZ-Tagung	Domforum, Köln – angefragt
07.07.2011	Fachkonferenz „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt/M.
08.09.2011	Kooperationskonferenz Bundeswehr und Militärseelsorge	Bonifatiushaus, Fulda
14.-15.09.2011	AKSB-Vorstandssitzung 3/2011	Erbacher Hof, Mainz
19.-20.09.2011	FG I - Das Politische	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
19.-20.09.2011	FG II - Das Soziale	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
20.-21.09.2011	FG III - Das Gesellschaftliche	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
29.-30.09.2011	DPJW-Weiterbildungskonferenz	Bonifatiushaus, Fulda
20.-21.11.2011	Vorstandssitzung 4/2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
21.-22.11.2011	AKSB-Jahrestagung 2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
22.-23.11.2011	AKSB-Mitgliederversammlung 2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
08.12.2011	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn

Termine der AKSB in 2012

23.-24.04.2012	Fachkonferenz „Internationale Arbeit 2012“	Haus am Maiberg, Heppenheim
08.05.2012	Kooperationskonferenz „Politische Erwachsenenbildung“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
16.-20.05.2012	98. Katholikentag	Mannheim
13.-15.06.2012	Verwaltungsfachtagung	Caritas-Pirckheimer Haus, Nürnberg
25.-26.11.2012	AKSB-Vorstandssitzung 4/2012	Katholische Akademie, Berlin
26.-27.11.2012	AKSB-Jahrestagung 2012	Katholische Akademie, Berlin
27.-28.11.2012	AKSB-Mitgliederversammlung 2012	Katholische Akademie, Berlin

Neue Publikationen der AKSB

„Position beziehen im 21. Jahrhundert“, AKSB-Jahrbuch 2011/2011,
Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 2010, ISBN 978-3-89974610-5, 208 S., 24,80 Euro
AKSB-didado spezial Nr. 4 / 2010, Klimawandel, 4 Seiten, kostenloser Bezug
Am Puls der Zeit. AKSB-Konvention und Aktualisierende Ergänzungen,
AKSB (Hrsg.) Bonn 2010, 84 Seiten, kostenloser Bezug

gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die AKSB-Geschäftsstelle wünscht

Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2011!